Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

zu bestellen bei: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 W.

Inhalt Heft 1/76: * Kommunistischer Bund Österreichs gegründet, Gründungserklärung * Die politische Lage in der Welt und in Österreich * Die Kommunistische Partei auf der richtigen Linie aufbauen!* Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs * Beschluß des ZK zum Zentralorgan * Spendenaufruf

Inhalt Heft 2/76: * Zur Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne" der MLPÖ über das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs * Programmkritik der „Roten Fahne"* Stellungnahme zur Programmkritik* Einige Lehren aus den Auseinandersetzungen mit der Liquidatorenfraktion in der Wiener Ortsgruppe des KB * Die Linie der VRA in der Minderheitenfeststellung - rechte Abweichungen vom Marxismus-Leninismus

Inhalt Heft 3/76: * Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (II. Teil) * Die palästinensische und arabische Revolution und die Aufgaben der österreichischen Kommunisten * Der antifaschistische Partisanenkampf im Oberösterreich und die Fälschungen der Revisionisten am Buch des Genossen Pliseis * Der Kampf um die „Arena" war ein Schritt vorwärts

Inhalt Heft 1/77: * Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistisch-revisionistischen Welt * Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (III. Teil)* Südafrika: Es lebe die Bewegung des 16. Juni!* Südafrika: Über die Einheitsfront * Vom Generalstreik der österreichischen Arbeiter im Jänner 1918 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei

Inhalt Heft 2/77: * Der Status der sogenannten Republik Südafrika * Die revolutionäre Bewegung von heute und der Trotzkismus * Vorbereitung und Charakter des II. Weltkrieges - Einschätzung und Kampf der Kommunistischen Internationale

Inhalt Heft 3/77: * Die Slowenen in Kärnten * Die armen Bauern und Arbeiterbauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewinnen! * Politisches Kommunique des 13. Palästinensischen Nationalrates

Inhalt Heft 4/77: * Ein großes Ereignis für die internationale marxistisch-leninistische Bewegung: Band V der Ausgewählten Werke des Vorsitzenden Mao Tsetung erschienen * (Beschluß des ZK der KP Chinas über das Studium von Band V der „Ausgewählten Werke", Vorbemerkung zu Band V der „Ausgewählten Werke" * Einführung zu Band V der „Ausgewählten Werke" * Die Geschichte der Erkenntnis und Nutzung der Energiequellen durch den Menschen * „Kein Kongolese kann je vergessen, daß sein Land in einem täglichen Kampf erobert werden mußte" (Patrice Lumumba) (Zur Geschichte des Kongo-Konfliktes, mit einem Anhang zur österreichischen Beteiligung)

Preis: 25.-

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 2/ Nr. 5 Juni 1977

IGA Bo S7D691

Zur Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung und im Kampf um den Aufbau der Partei

Imperialistischer Ökonomismus in der Militärfrage: Kapitulation vor der Bourgeoisie, versteckt hinter radikalen Phrasen

Untersuchungsbericht über die Entwicklung des Kampfs gegen Atomkraftwerke im Tullnerfeld und im Waldviertel – Materialien zur Lage und Struktur der werktätigen Bevölkerung

„Für die demokratische Republik!" – Die Ausarbeitung der Linie des revolutionären Kampfes um Demokratie durch die KPÖ im austrofaschistischen Österreich

KB Kommunistischer Bund Österreichs

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt

Zur Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung und im Kampf um den Aufbau der Partei 4

Imperialistischer Ökonomismus in der Militärfrage: Kapitulation vor der Bourgeoisie, versteckt hinter radikalen Phrasen 17

Untersuchungsbericht über die Entwicklung des Kampfs gegen Atomkraftwerke im Tullnerfeld und im Waldviertel – Materialien zu Lage und Struktur der werktätigen Bevölkerung 24

„Für die demokratische Republik!" – Die Ausarbeitung der Linie des revolutionären Kampfes um Demokratie durch die KPÖ im austrofaschistischen Österreich 40

Vermerk zur Scientia Sinica-Übersetzung im letzten Kommunist:

Diese Übersetzung wurde der Broschüre „Atomenergie im Kapitalismus – eine Gefahr für die Massen", herausgegeben vom Kommunistischen Studentenverband (KSV) in Köln 1976 entnommen

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs, 1070 Wien, Halbgasse 12. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer, 1070 Wien, Halbgasse 12. Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12.
Erscheinungsort: Wien Verlagspostamt: 1070

Zur Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung und im Kampf um den Aufbau der Partei

Es handelt sich hier um die überarbeitete Fassung eines Berichtes des Sekretärs des Zentralkomitees an das ZK. Er wurde in der ZK-Sitzung am 2./3. April erstattet und in der Sitzung am 21./22. Mai zum Beschluß erhoben. Bei dieser Sitzung waren durch den Gang der Dinge einige aktuelle Ergänzungen notwendig geworden. Sie werden hier als Fußnoten berücksichtigt. Weiters muß darauf hingewiesen werden, daß dieser Bericht nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit anderen Dokumenten der Organisation gesehen werden muß, in denen positive Richtlinien entwickelt werden, wie der Aufbau unserer Organisation im Hinblick auf die Partei vorangetrieben werden soll. Im besonderen wird der Politische Bericht des ZK an die 1. ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Österreichs, den auszuarbeiten das ZK am 21./22. Mai begonnen hat, diesem Zweck dienen.

Die Festlegungen der Gründungskonferenz müssen ständig konkretisiert, überprüft und als Kampfinstrument benützt werden

In unseren Gründungsdokumenten wurde die Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung und im Kampf um den Aufbau der Partei in allgemeiner Weise richtig charakterisiert und diese Charakterisierung ist nach wie vor gültig. Es wird dort auf die Existenz und das Erstarken, aber auch auf ideologische und politische Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung (1) hingewiesen. Die Schaffung einer neuen kommunistischen Partei wird als die Hauptaufgabe der Marxisten-Leninisten in Österreich bezeichnet und es wird auch festgehalten, daß der Parteiaufbau eine schwierige und langwierige Kampfaufgabe ist und daß er bedeutet, die ideologische und politische Linie der Marxisten-Leninisten durch die Verbindung der allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Situation in Österreich zu entwickeln und zu vertiefen, zweitens die Massen für diese Linie zu gewinnen und sie auf dieser Linie zu organisieren sowie drittens die Einheit aller Marxisten-Leninisten auf dieser Linie herzustellen. Weiters wird in unseren Gründungsdokumenten festgehalten, daß der Aufbau unserer Organisation und der Kampf um die Einheit aller Marxisten-Leninisten miteinander verbunden werden müssen und zwei Seiten derselben Sache sind. Für beides ist unser Programm von Bedeutung. Schließlich wird festgestellt, daß unsere Organisation jederzeit bereit ist, sich auf dem Weg zur Partei gegebenenfalls in eine höhere Form der Einheit der Marxisten-Leninisten aufzulösen. Das alles sind wichtige und nach wie vor gültige Festlegungen. Sie geben uns – wenn auch nur in groben Zügen – einen gewissen Halt, eine gewisse Orientierung, eine gewisse Perspektive, sie warnen vor Fehlern, sie richten sich gegen jede Art von Gruppen- oder Organisationsegoismus, sie grenzen uns gegenüber falschen Auffassungen in der marxistisch-leninistischen Bewegung ab. Vor allem aber geben sie uns einen guten Ausgangspunkt und gutes Rüstzeug für die Fortführung des Kampfes um die Partei.

Ein Rüstzeug ist dazu da, daß man es benutzt. Das haben wir nicht bewußt getan. Es ist notwendig, ausgehend von, gestützt auf und mittels der allgemeinen Festlegungen der Gründungskonferenz zu jedem Zeitpunkt die Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung konkret zu analysieren und die Aufgaben konkret festzulegen. Das haben wir ja auch früher mehrmals getan, zum Beispiel als im November 1974 die erste Initiative in Richtung „Einheit der Marxisten-Leninisten" gesetzt wurde , als wir im Februar 1975 die „Salzburger Konferenz" betrieben, als wir uns im November 1975 entschlossen, direkt auf den Zusammenschluß der in den KB's und KG's organisierten Kräfte Kurs zu nehmen, und als wir im August 1976 den KB Österreichs gründeten. Alle diese wichtigen Schritte konnten überhaupt nur ins Auge gefaßt und durchgeführt werden auf der Grundlage einer konkreten Anlayse der konkreten Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung und der Bestimmung der konkreten Aufgaben.

Freilich haben sich auch unsere grundlegenden allgemeinen Auffassungen zum Parteiaufbau erst im Laufe der Zeit herausgebildet und waren, vor sagen wir zwei Jahren, noch nicht vollständig richtig und vor allem unausgegoren. Es bedurfte eines harten Kampfes, um uns die allgemeinen Festlegungen der Gründungskonferenz zu erarbeiten.

Seit dem, d.h. für die Zeit nach der Gründung, haben wir allerdings keine konkrete Analyse der konkreten Lage usw. mehr durchgeführt und somit diese allgemeinen Festlegungen nicht benutzt. Zum Teil hätten wir bereits auf der Gründungskonferenz nähere Überlegungen über die mit der Gründung neu entstandene Lage und die weitere Zukunft der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich anstellen können und sollen. Zum Teil war es damals natürlich noch nicht möglich. Heute allerdings ist es möglich und äußerst dringlich.

Fehlt der ständige Kampf – denn es ist die Frage eines ständigen und hartnäckigen Kampfes – um eine konkrete Analyse und die Bestimmung der konkreten Aufgaben bezüglich des Parteiaufbaus, fehlt insbesondere – das ist zur Schlüsselfrage geworden – eine konkrete Bestimmung der jeweiligen Bedeutung und des gegenseitigen Verhältnisses zwischen Aufbau der eigenen Organisation und Kampf um die Einheit aller Marxisten-Leninisten, dann wird man unweigerlich immer weniger in der Lage sein, den sich auf der Grundlage der sich verändernden Lage stellenden Aufgaben gerecht zu werden, und immer mehr den Boden unter den Füßen verlieren. Es wird in der Praxis zu Schematismus, Erscheinungen der Sterilität, zur Verwandlung richtiger Festlegungen in Phrasen, zu Haltlosigkeit und Perspektivlosigkeit, zu Handwerkelei und Subjektivismus, ja sogar zum Rückfall hinter die bereits erreichten Festlegungen kommen. Es werden unter diesen Umständen oft die verschiedenen Seiten des Parteiaufbaus jede für sich genommen, in einer schematischen Weise als „gleichbedeutend" behandelt und „nebeneinandergestellt", in Wirlichkeit auseinandergerissen, entweder verabsolutiert oder „vergessen", in jedem Fall entstellt.

Den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten nicht aus dem Zusammenhang des Parteiaufbaus reissen!

Wenn der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten aus dem Gesamtzusammenhang des Parteiaufbaus losgelöst wird, dann verliert er seinen ganzen Sinn und Zweck. (2) Es

(1) „Die Einheit der Marxisten-Leninisten ist wichtig und wir kämpfen um sie. Aber sie ist eine dem Parteiaufbau insgesamt untergeordnete, weil Teilfrage. Die Einheit der Marxisten-Leninisten hat keinen 'Wert an sich' und ist kein Selbstzweck. Sie hat ihren eigentlichen Inhalt darin, daß es letztlich immer nur eine marxistisch-leninistische Partei in einem Land geben kann, die bzw. wenn sie ihren Aufgaben gerecht wird." (Mairede des Sekretärs des ZK des KB Österreichs in Wien am 30. April 1977)

(2) Die marxistisch-leninistische Bewegung war zur Zeit der Gründung unserer Organisation (Sommer 1976) und ist auch heute ideologisch und politisch gespalten. Wenn die Meinung vertreten wird, daß sie zwar politisch, aber nicht ideologisch gespalten sei, da alle drei marxistisch-leninistischen Organisationen trotz politischer Differenzen auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stünden, so ist dem entgegenzuhalten, daß es in der ideologischen und politischen Linie von VRA und MLPÖ sowohl Marxismus als auch Revisionismus gibt. Es gibt daher auf ideologischem Gebiet sowohl Einheit als auch Spaltung, wobei sich seit der Gründung unserer Organisation die Spaltung vertieft hat und hinsichtlich der VRA bereits zur Hauptseite dieses Widerspruchs auf ideologischem Gebiet geworden ist, was dem nicht Abbruch tut, daß wir beide Organisationen nach wie vor praktisch als marxistisch-leninistisch behandeln (siehe dazu sowie zur Frage der ideologischen Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung die weiteren Abschnitte dieses Berichtes.) Der oben genannte Standpunkt ist metaphysisch, weil er die Einheit der beiden Seiten des Widerspruchs, Marxismus und Revisionismus, in der ideologischen und politischen Linie von VRA und MLPÖ ignoriert. Er ist idealistisch, weil er den Marxismus-Leninismus als eine mystische „Gemeinsamkeit" aller marxistisch-leninistischen Organisationen jenseits ihrer wirklichen Theorie und Praxis betrachtet. Einen tatsächlichen Bei-

kann die Frage nach dem 'Wozu' dieses Kampfes und infolgedessen auch die Frage nach dem 'Was' und 'Wie' nicht mehr bewußt gestellt und beantwortet werden. Einerseits führt das zur Vernachlässigung dieses Kampfes, der nicht mehr als politische Notwendigkeit, sondern nur mehr als moralische Pflicht erkannt wird. Andererseits bekommt der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten eine im schlechten Sinn sozusagen „selbständige Bedeutung". Er schwebt im luftleeren Raum. Er wird beschworen und manchmal mystifiziert. Der Kampf um den Aufbau der Partei wird dann oft reduziert und ausschließlich erblickt im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten während der Aufbau unserer Organisation mit dem Parteiaufbau scheinbar „nicht viel zu tun" hat. Das Schwanken zwischen Über- und Unterschätzung, gepaart mit der in jedem Fall eintretenden Vernachlässigung der Sache, ist die typische Konsequenz des genannten Fehlers. Leicht kann der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten dann auch zu einer bloßen theoretischen Diskussionstätigkeit oder zu einer „internen Angelegenheit" in und zwischen den marxistisch-leninistischen Organisationen und abgeschlossen von den Massen pervertiert werden. Weiters führt die Verabsolutierung des Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten dazu, daß einem mit der Perspektive auch eine feste Orientierung und ein brauchbarer Maßstab für das Handeln abhanden kommt. Als Beispiel hierfür möchte ich anführen, wie wir uns etwa überlegt haben, ob und wie wir in welchen Fragen an die anderen marxistisch-leninistischen Organisationen Aktionseinheitsangebote oder auch sonstige Vorschläge, z.B. die nach Aussprachen, gerichtet haben.

Hier wird auch schon eine weitere Konsequenz sichtbar: Ein Plan für das Vorgehen im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten kann nicht aufgestellt werden. Ohne Plan gibt es aber wiederum kein vorwärtsgerichtetes, offensives, zielstrebiges, planmäßiges und die Gegebenheiten und Verhältnisse optimal ausnutzendes Handeln. Stattdessen gibt es Subjektivismus, Handwerkelei, Zerfahrenheit im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten, und genauso war es im letzten Jahr.

trag zum Kampf um den Aufbau der Partei und um die Einheit der Marxisten-Leninisten wird man von einem solchen Standpunkt aus nicht leisten können.

Den Aufbau unserer Organisation im Hinblick auf die Partei betreiben

Auf der anderen Seite wird der praktische und tagtägliche Aufbau unserer Organisation nicht bewußt in Hinblick auf die Partei, als eine Seite des Parteiaufbaus, betrieben. Der Aufbau unserer Organisation wird als eine Sache neben dem Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten genommen und vor allem als eine Sache, die in keinem direkten Zusammenhang mit dem Aufbau der Partei steht. Die Partei, das Fernziel, diese Zukunftsmusik auf der einen Seite, der Kampf um den Aufbau der Partei dabei oft noch reduziert auf die Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten und unsere „tägliche Plackerei" auf der anderen. (Daß es auch vorgekommen ist, daß der bloße Aufbau unserer Organisation als sozusagen automatischer Aufbau der Partei ausgegeben wurde, ist die andere Seite der Medaille.) Das hat schlechte Folgen: Erstens kann der Aufbau der Organisation nicht so zielgerichtet und so zielstrebig wie möglich betrieben werden. Es fehlt das klare Bild vor Augen, was für den Aufbau der Partei, was an Voraussetzungen für ihre Gründung notwendig ist, was wir heute in dieser Richtung schon tun können. Es fehlt das Ziel und die Orientierung, denn ohne die Orientierung auf den tatsächlichen Sinn und Zweck des Aufbaus der Organisation, auf die Partei, muß jede feste Orientierung fehlen. Es mangelt auch an Schwung im Aufbau der Organisation. Es bestehen meiner Meinung nach auch enge Zusammenhänge zwischen diesen Tatsachen und dem Ökonomismus, den wir als entscheidenden Fehler in unserer politischen Arbeit betrachten. Insbesondere beeinträchtigen diese Fehler – zweitens – auch den Kampf um die Einheit der Organisation als Kampfverband und gegen Zirkelüberreste aller Art, denn dieser Kampf kann nur im Gesamtzusammenhang des „Kampfes des Parteiprinzips gegen das Zirkelprinzip", wie Lenin sich einmal ausgedrückt hat, in der ganzen Klasse, in der marxistisch-leninistischen Bewegung, in der Organisation richtig geführt werden. Drittens wird aus denselben Gründen der Aufbau der Organisation überhaupt nicht im notwendigen Maß und in konsequenter Weise als Kampffrage behandelt werden. Viertens schließlich kann der ideologische Aufbau, den wir als Hauptkettenglied beim Aufbau unserer Organisation betrachten, nicht wirklich als solches behandelt werden, denn dazu braucht man ebenfalls die historische Perspektive: Nur „aus der Sicht der Partei" kann man die Bedeutung der Sache, ihren Zusammenhang und ihre Dimension richtig erfassen. Nur in Hinblick auf den Aufbau der Partei kann der ideologische Aufbau der Partei richtig und zweckmäßig betrieben werden. Nur in Hinblick auf die Partei wird klar, daß der ideologische Aufbau darauf gerichtet ist, die Arbeiterklasse und die Kommunisten zur Erfüllung ihrer historischen Aufgaben zu befähigen.

Den Kampf zwischen Parteiprinzip und Zirkelprinzip bewußt führen

Wir haben gesehen, wie richtige allgemeine Festlegungen folgen-, bedeutungs- und nutzlos werden ohne ihre Konkretisierung und Anwendung. Das ist Ausdruck des grundlegenden Sachverhalts, daß es wie überall im Klassenkampf ein Auf-der-Stelle-treten nicht gibt. Der „Kampf zwischen Parteiprinzip und Zirkelprinzip", zwischen der kühnen Orientierung auf die Partei und dem ängstlichen Festklammern am eigenen, am bestehenden „Zirkel" und an den bestehenden Verhältnissen in der marxistisch-leninistischen Bewegung überhaupt, zwischen der Orientierung auf die großen Interessen der Klasse und der Partei und der auf die kleinen und kleinlichen Separatinteressen dieser oder jener Organisation, Gruppe oder Person – dieser Kampf zwischen Zukunft und Vergangenheit der marxistisch-leninistischen Bewegung und der Arbeiterbewegung ist eine objektive Tatsache. Das können wir uns nicht aussuchen. Wir müssen diesen Kampf bewußt führen. Wir müssen ihn immer und überall führen. Unsere gesamte Politik muß aktiv diesem Kampf dienen. Spontan wird sich dagegen nicht das Richtige durchsetzen können. Das Überholte muß bekämpft werden. Wird es nicht bekämpft, verschwindet es keinesfalls von selbst, sondern führt es zu Fäulnis und Moder. Es führt zu Stagnation, die in Wirklichkeit ein immer weitergehendes Zurückbleiben hinter den Anforderungen der Zeit ist. Natürlich genügt es nicht, den „Kampf des Parteiprinzips gegen das Zirkelprinzip" zu proklamieren. Um ihn führen zu können, ist seinerseits wieder die konkrete Analyse der konkreten Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung und die konkrete Bestimmung der Aufgaben im Parteiaufbau notwendig.

Zunehmende Polarisierung zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus in der marxistisch-leninistischen Bewegung

Daß und wie die marxistisch-leninistische Bewegung in drei Kräfte ideologisch und politisch gespalten ist, bleibt nicht ewig so, wie es ist, und es hat hier auch seit der Gründung des KB Veränderungen gegeben. Verschiedene ideologische und politische Linien können nicht auf Dauer in der gleichen Weise nebeneinander bestehen. Auf der Grundlage der Entwicklung des Klassenkampfs und der politischen Lage findet zwangsläufig eine zunehmende Polarisierung zwischen Richtigem und Falschem statt. Die richtige Linie muß immer klarer herausgebildet werden und sie entwickelt sich weiter. Auf der anderen Seite tritt die Schädlichkeit des Falschen immer deutlicher hervor, auch wird es verteidigt und ausgebaut und so immer ärger. Immer klarer stellt sich die Alternative: Stellung im Kampf gegen die Bourgeoisie oder Kapitulation vor der Bourgeoisie, Marxismus-Leninismus oder Revisionismus. Für beide Perspektiven finden sich Kräfte innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung. Diese ganze Entwicklung ist Ausdruck des Fortschritts der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich und ebenso dessen Vehikel. Sie ist nicht schlecht, sondern gut. Zu etwas Schlechtem kann sie nur werden, wenn der Kampf zwischen dem Richtigen und dem Falschen nicht richtig geführt wird. Er muß auf die Gewinnung der überwältigenden Mehrzahl aller heute in der marxistisch-leninistischen Bewegung organisierten Kräfte und auf die Isolierung lediglich einiger schädlicher Elemente gerichtet sein. Er muß auf die Herstellung der Einheit aller wirklichen Marxisten-Leninisten, auf die Überwindung der Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung, auf das Ausstoßen lediglich derer, die sich offen als Revisionisten bloßstellen werden, gerichtet sein. Diese Entwicklung findet tagtäglich vor unseren Augen statt und sie beschleunigt sich zusehends.

Drohende revisionistische Entartung der VRA

Bei der VRA zeigen sich starke und stärker werdende revisionistische Tendenzen bereits sehr deutlich. Revisionismus ist Kapitulation vor den Aufgaben der Marxisten-Leninisten und Kapitulation vor der Bourgeoisie. Diese Haltung zeigt sich bei der VRA in vielfacher

Hinsicht: Im weitgehenden Verzicht auf politische Massenarbeit; im weitgehenden Verzicht auf eine Politik, die in mehr besteht, als konkreten politischen Fragen mit allgemeinen Wahrheiten oder spontaneistischen Gemeinplätzen zu antworten; im Verzicht auf den Kampf um eine einheitliche und schlagkräftige politische und organisatorische Ausrichtung der eigenen Organisation bzw. im Sich-begnügen mit einem Grüppchenkonglomerat; im Verzicht auf politischen Kampf und die Durchsetzung ihrer Linie in der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung und unter den nicht bei ihr organisierten Marxisten-Leninisten bzw. im Sich-begnügen mit einem parasitären Aasgeier-Dasein gegenüber unserer Organisation u.a.m.

Vielleicht ist die elementarste revisionistische Abweichung der VRA ihre Haltung zur Frage von Bewußtheit und Spontaneität, zur Frage von Avantgarde- oder Nachtrabpolitik, zur Frage der Aufgaben der Marxisten-Leninisten. Ich erinnere an einen seinerzeitigen Grundsatzartikel („Unsere Perspektiven"), in dem klar den marxistisch-leninistischen Auffassungen über die Notwendigkeit einer bewußten Avantgarde, einer Führerin, einer Partei der Arbeiterklasse entgegengesetzte Positionen des Spontaneismus vertreten wurden, in dem eine opportunistische Haltung gegenüber der Sozialdemokratie (als der „wirklichen Partei", in der die Arbeiter sind"!) bezogen wurde, in dem absurde Anschauungen über die Aufgaben der Marxisten-Leninisten enthalten waren. Alles in allem war dieser Artikel ein Dokument der Hilf- und Perspektivlosigkeit, der Verzagtheit und Resignation, der Kapitulation. Die in diesem – später neu aufgelegten – Artikel dargelegten bürgerlichen Anschauungen ziehen sich bis heute durch die „Volksmacht". Sie sind eine Grundlage für viele weitere politische Fehler, die die VRA in ihren Äußerungen zu verschiedenen politischen Fragen macht. Diese Fehler sind meistens Fehler nach rechts. Ausgesprochen rechte Positionen vertrat sie in der letzten Zeit zum Beispiel in der Minderheitenfrage, in der AKW-Frage, in der Abtreibungsfrage, in der Haltung zu den jüngsten Kämpfen bei Wertheim und zum wirtschaftlichen Kampf im allgemeinen, zu Aktionen von Bauern in Kärnten, zu oppositionellen Strömungen in der SPÖ usw. usf. Rechte Fehler dominieren, „linke" Phrasen sind meist Beiwerk, manchmal Schwankung oder Pendelausschlag in die andere Richtung, nur selten der Kern der Sache. Überall findet man – abgesehen von ein paar Phrasen – Unterschätzung der Massen, Überschätzung der Bourgeoisie, Opportunismus gegenüber der Sozialdemokratie, Spontaneismus und Nachtrabpolitik.

Der gefährlichste Fehler der VRA ist gegenwärtig ihre Haltung zur Entwicklung in China, die auf der Grundlage vieler ideologischer Gemeinsamkeiten mit der Viererbande – offenes Nachgeben gegenüber dem Druck des Imperialismus bedeutet und dazu geführt hat, daß sich die VRA in die reaktionäre Front der Gegner der Revolution in China eingereiht hat. Von hier ausgehend kann sie rasch vollständig in den revisionistischen Sumpf abgleiten bzw. offen zu einer konterrevolutionären Bande entarten, denn gegen die marxistisch-leninistische Theorie und Praxis der chinesischen Revolution kann man sich nur stellen, indem man sich auf der ganzen Linie gegen den Marxismus-Leninismus überhaupt stellt.

Die Chinafrage ist gegenwärtig der Springpunkt der Auseinandersetzung unter den Marxisten-Leninisten, die Kernfrage und der wichtigste Prüfstein für die Entscheidung zwischen Marxismus und Revisionismus, genauso wie dies vor einigen Jahrzehnten die Haltung zur Sowjetunion war. Wie sollen wir unter diesen Umständen die VRA beurteilen? Wir müssen uns eine klare Meinung bilden, ob die revisionistischen Abweichungen die alles beherrschende Hauptseite in der Politik der VRA sind, in diesem Zusammenhang u.a. ob sie den elementarsten Grundanschauungen der Marxisten-Leninisten abgeschworen hat, ob es keinen mehr oder weniger deutlich vorhandenen marxistisch-leninistischen Flügel und keinen Linienkampf zwischen den revolutionären Tendenzen und den revisionistischen Kräften mehr gibt und ob damit die Entwicklung zum Revisionismus unumkehrbar geworden ist. Zur Beurteilung des letzteren muß auch die Geschichte der Organisation herangezogen werden. Nur dann könnte man eine ehemals marxistisch-leninistische Organisation als revisionistisch bezeichnen und behandeln. Sofern aber diese Bedingungen nicht zutreffen – und sollte die Politik dieser Organisation selbst zu 90 % und sogar ihre grundlegende ideologische und politische Linie falsch, nämlich revisionistisch sein – muß diese Organisation weiterhin als marxistisch-leninistische Organisation behandelt werden und müssen dadurch die revolutionären Kräfte in ihr und ihr Kampf unterstützt werden. Das ist bei der VRA gegenwärtig unbedingt der Fall. (3)

Um ihrer Entwicklung in Richtung Revisionismus entgegenzuwirken, aber auch um deren Tiefe, den Grad, den sie schon erreicht hat, festzustellen, ist nicht nur beobachten, sondern Kampf notwendig, also Untersuchung im marxistisch-leninistischen Sinn. Ohne gegen den Revisionismus in der VRA anzukämpfen und dadurch ihren Abweichungen auf den Grund zu gehen, wird man nicht zu einem fundierten Urteil über eine Veränderung in der politischen Farbe der Organisation kommen können. Dieser Kampf muß offensiv geführt werden.

Zur MLPÖ

Die MLPÖ hat trotz ihres heutigen organisatorischen Zustandes im Vergleich mit der VRA größere ideologische und politische Bedeutung. Ihre Bedeutung besteht in ihrer Vergangenheit. Die MLPÖ verkörpert die Tradition des antirevisionistischen Kampfes der Marxisten-Leninisten der 60er Jahre und umgekehrt wird diese Tradition mit der MLPÖ identifiziert oder jedenfalls in enge Verbindung gebracht. Obwohl man die MLPÖ von heute nicht als lebendige und arbeitende Organisation bezeichnen kann, hat sie daher nach wie vor einen nicht zu unterschätzenden Einfluß unter ehemaligen KPÖ-Mitgliedern und bis in diese Partei hinein. Sie ist auch heute noch immer politischer Bezugspunkt vieler Menschen, „organisierender Faktor" in diesem Sinne. Aus allen diesen Gründen ist die sorgfältige Auseinandersetzung mit der MLPÖ, die wir seit einiger Zeit führen, von großer Bedeutung, und dies ist unabhängig von ihrer organisatorischen Schwäche.

Die politische und ideologische Entwicklung der MLPÖ in der jüngsten Zeit ist schwer zu verfolgen, weil nicht viel davon nach außen sichtbar wird. Da sie sich jeder Auseinandersetzung mit der aktuellen Entwicklung der politischen Lage enthält, sich ausschließlich auf die Erörterung von Grundsätzen beschränkt, z.B. im ganzen Jahr 1976 nur eine Nummer der „Roten Fahne", die Kritik an unserem Programm, und auch heuer erst eine Nummer gebracht hat, da ihre Publikationstätigkeit ziemlich abgehoben von der Entwicklung und dementsprechend auch den Anforderungen des Klassenkampfs ist usw. usf. – aus allen diesen Gründen dürfte sich in der MLPÖ auch verhältnismäßig wenig an Entwicklung abspielen. Sagen läßt sich nur mit Sicherheit, erstens, daß auch die MLPÖ als marxistisch-leninistische Organisation gelten muß und zweitens, daß ihre Fehler in erster Linie Fehler nach „links" sind. Natürlich sind der „linke Radikalismus" und das „linke" Sektierertum ebenfalls Erscheinungen der Kapitulation vor der Bourgeoisie und des Ausweichens vor den Aufgaben der Marxisten-Leninisten.

Die größte Gefahr für ihren marxistisch-leninistischen Charakter dürfte auch der MLPÖ in der Frage der Haltung zu China bzw. zu Albanien drohen, wo offenbar dem Druck der Bourgeoisie nachgegeben, der proletarische Internationalismus verletzt, die Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung verraten und stattdessen ein spalterischer Kurs eingeschlagen wird.

Das Verhältnis zwischen uns und der MLPÖ hat seit der Korrektur unserer damaligen sektiererischen Haltung im Februar 1975 verschiedene Phasen durchgemacht. Der Verbesserung folgte die Verschlechterung gegen Mitte 1976 und schließlich die Programmkritik der „Roten Fahne". Der jüngste Artikel ist bekannt. („Rote Fahne" Nr. 162). Diese „Schwankungen" kann man nur verstehen, wenn man in Rechnung stellt, daß die MLPÖ stets eine solche Taktik einschlägt, von der sie sich die beste „Verteidigung" und „Rechtfertigung" ihrer Organisation und gewisse Abstaubererfolge gegenüber Genossen von uns versprechen konnte und kann.

(3) Daran hat sich daher auch durch die Veröffentlichung einer offen konterrevolutionären Stellungnahme zu China in der „Volksmacht" Nr. 128 nichts geändert, wenn dies auch ein schwerwiegender weiterer Schritt in der Richtung eines Farbwechsels der Organisation war. Wir werden jedoch niemals leichtfertig eine Organisation „abschreiben", wie dies auch die revolutionären Marxisten in der Vergangenheit niemals getan haben. Wir werden nichts überstürzen, sondern uns Zeit lassen und Ruhe bewahren. Wir werden hier niemals ein Urteil fällen, von dem nicht hundertprozentig feststeht, daß es unwiderruflich wäre. Wir werden uns entsprechend der historischen Bedeutung eines solchen Urteils und unserer Verantwortung verhalten. Die Tragweite eines solchen Urteils wird ersichtlich, wenn man bedenkt, daß es bedeuten würde: Beginn eines Kampfes mit allen Mitteln zur Vernichtung der VRA. Unsere Aufgabe nach der Veröffentlichung der genannten Stellungnahme der VRA besteht nicht darin, die VRA „abzuschreiben", sondern mit allen Kräften den Kampf gegen die revisionistische Entwicklung der VRA zu führen, die Genossen auf die Tragweiste und auf die Folgen ihrer Haltung hinweisen und auch die Wurzeln dieser Haltung bloßzulegen. Wir wollen sie zur Umkehr bewegen und werden nicht vor dieser Aufgabe kapitulieren. Wir werden an dieser Aufgabe festhalten, solange es auch nur die minimalste Chance eines Erfolges gibt. Um diese unsere Aufgaben zu begreifen, ist übrigens der folgende Absatz des Berichtes, der bereits damals gerade im Hinblick auf eine solche mögliche Entwicklung geschrieben wurde, von besonderer Bedeutung.

Das erfordert natürlich – wie im jüngsten Artikel – einige Zugeständnisse in puncto „Einheit der Marxisten-Leninisten", geht aber insgesamt eindeutig von einer sektiererischen, bornierten, organisationsegoistischen Haltung aus.

Zum Kampf zweier Linien in unserer Organisation

Selbstverständlich spielt sich der Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus auch in unserer Organisation ständig ab und hat zeitweise bereits sehr heftige Formen angenommen. wir führen heute ständig eine genaue Analyse unserer Fehler und Mängel durch und bekämpfen diese gestützt auf die Gründungsdokumente. Es ist dabei wichtig, stets den Überblick zu bewahren, die Hauptfehler herauszufinden, sich Rechenschaft über den Stand des Aufbaus der Organisation insgesamt abzulegen. Es ist auch wichtig, den Kampf zweier Linien in allen, auch untergeordneten Fragen, bewußt und konsequent zu führen und nirgends den Dingen ihren spontanen Lauf zu lassen. Wenn wir das berücksichtigen, die Wachsamkeit gegenüber dem Revisionismus, dem Opportunismus, dem (rechten und „linken") Kapitulantentum verstärken, in jeder Frage vom Klassenkampf und vom Kampf zweier Linien ausgehen, den Kampf auf ideologischem, politischem und organisatorischem Gebiet korrekt miteinander verbinden, das ideologische Niveau der Organisation nachhaltig verbessern, werden wir bestimmt weitere Fortschritte in der Aneignung und Anwendung des Marxismus-Leninismus machen.

Eine differenzierte Sichtweise der marxistisch-leninistischen Bewegung und des Wegs zur Partei ist notwendig.

Wir finden alles in allem in der marxistisch-leninistischen Bewegung heute eine komplizierte Situation vor. Wenn wir von der marxistisch-leninistischen Bewegung sprechen, dann sprechen wir von etwas sehr Differenziertem, das aus ganz verschiedenen Teilen besteht, die eine verschiedene Vergangenheit haben und auch in Zukunft eine ganz verschiedene Entwicklung nehmen können. Nur in diesem Sinne sprechen wir von der marxistisch-leninistischen Bewegung. Man muß alle schematischen Vorstellungen, jede „Gleichmacherei", jede Vorstellung von „drei gleichen Teilen" oder „drei feindlichen Brüdern", die „sich irgendwie zur Partei zusammenstreiten müssen", bekämpfen. So etwas verstellt einem nur völlig den Blick. Mit so einer Sichtweise muß einem der Parteiaufbau letztlich ziemlich perspektiv- und aussichtslos vorkommen. Aus einer Frage des Kampfes verwandelt er sich zurück in eine Frage der Beschwörung und des Hoffens. Es ist keineswegs so, daß der Parteiaufbau im „Zusammenbringen" der heute bestehenden drei marxistisch-leninistischen Organisationen besteht. Und es ist auch nicht so, daß die Partei nicht bestehen wird, bevor die drei heute bestehenden marxistisch-leninistischen Organisationen „zusammengebracht" worden sind. Die Partei bildet sich im Kampf und die marxistisch-leninistische Bewegung wird in diesem Kampf revisionistische Elemente abstoßen. Es ist durchaus nicht auszuschließen, daß diese Elemente außerhalb der Partei weiterbestehen und sogar in Gestalt dieser oder jener Organisationshülle einer heutigen marxistisch-leninistischen Organisation weiterbestehen. Das ist jedenfalls viel wahrscheinlicher als die Kleinbürgerutopie vom harmonischen Zusammenwachsen von MLPÖ, VRA und KB Österreichs zur Partei.

Die Bedingungen für den Kampf um die Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung

Nach der Überwindung der Zersplitterung der heute im KB Österreichs organisierten Kräfte in örtlichen Zirkeln seit Mitte vorigen Jahres, ist die marxistisch-leninistische Bewegung nach wie vor ideologisch und politisch gespalten. Diese Spaltung entwickelt sich weiter auf der Grundlage der politischen Polarisierung der Klassen und politischen Kräfte und der Polarisierung zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus. Wir sind heute – auf Grundlage der immer rascheren Entwicklung des Klassenkampfs und der politischen Lage – mit der Tatsache konfrontiert, daß auf der einen Seite die Aneignung und Anwendung des Marxismus-Leninismus Fortschritte macht, andererseits aber revisionistische Tendenzen in der marxistisch-leninistischen Bewegung, vor allem bei der VRA, stärker werden.

Das vertieft bisher die Spaltung in der Bewegung, denn leider ist es nicht gelungen, Teile der vom Revisionismus bereits ernsthaft angekränkelten VRA zur Abkehr von den falschen Tendenzen und zur Umkehr zu bewegen und damit die schlechte Entwicklung dieser Organisation aufzuhalten. Zur ideologischen und politischen Spaltung kommt ein starker Organisationschauvinismus bei MLPÖ und VRA, der sich im letzten Jahr ebenfalls eher verstärkt als abgeschwächt hat. Bei der VRA war die Ursache dafür einerseits der zunehmende Revisionismus, durch den sie sich etwa uns immer mehr entgegenstellte, andererseits das Scheitern ihrer Abstauberhoffnungen unserer Organisation gegenüber. Bei der MLPÖ ist dieser Organisationsegoismus der Ersatz für den fehlenden Nachweis ihrer Existenzberechtigung an Hand ihrer tatsächlichen politischen Praxis.

Verschlechtert sich also die Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung im Hinblick auf das Ziel der Herstellung der Einheit der Marxisten-Leninisten? Das kann man nicht sagen, denn außer den von den betreffenden Organisationen bewußt gestalteten „subjektiven" Beziehungen gibt es ja auch „objektive" Beziehungen. Diese Beziehungen, der gegenseitige Einfluß, z.T. die – ob gewollt oder ungewollt – gemeinsame Debatte und vor allem der Druck der richtigen Politik auf das Falsche haben im letzten Jahr erheblich zugenommen. Die Tatsache der Existenz der marxistisch-leninistischen Bewegung und die Fortschritte bei der Entwicklung der richtigen ideologischen und politischen Linie machten sich geltend, auch wenn manche Leute es nicht wahrhaben wollen. Deshalb kann man nicht sagen, daß die Bedingungen, um die Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung durch die Gewinnung der großen Mehrheit der Marxisten-Leninisten und unabhängig davon, welche Entwicklung diese oder jene Organisation(shülle) nimmt, zu überwinden, – daß diese Bedingungen schlechter geworden sind. Es liegt viel mehr nur an unseren Fehlern und Mängeln, daß wir nicht sogar eine Verbesserung dieser Bedingungen erkämpft haben.

Dazu haben wir nach wie vor gute Möglichkeiten. Die Gründung des KB Österreichs hat diese Möglichkeiten nachhaltig verbessert, wie sie überhaupt die Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung entscheidend verändert hat. Der Aufschwung einer wirklichen nationalen Kampforganisation wurde ermöglicht und in Angriff genommen. Das hat unser Gewicht im politischen Leben in Österreich weit über das Maß der bloßen Zusammenfassung der in den KB's und KG's vorhandenen Kräfte erhöht. Für den Kampf um den Aufbau der Partei wurden mit der Gründung unserer Organisation in jeder Hinsicht gute Bedingungen geschaffen und diese teilweise auch genutzt. Wie bereits aufgezeigt, haben wir auch viele Fehler gemacht. Trotz dieser Fehler hat der Druck, das Hineinwirken, der Einfluß unserer Politik in die anderen marxistisch-leninistischen Organisationen zugenommen. Die letzten beiden Nummern der „Roten Fahne" legen dafür Zeugnis ab, wenn natürlich darin auch gewisse eigennützige Spekulationen der MLPÖ zum Ausdruck kommen. Auch bei der VRA darf man nicht nur den nach außen zur Schau getragenen Abwehrpanzer – denn was sind ihre Ausfälle gegen uns sonst? – sehen, denn trotz diesem mußte sie sich in verschiedenerlei Hinsicht in der „Volksmacht" mit uns auseinandersetzen (z.B. Auftreten gegen die „Truppenabbaukonferenz" in Wien, Aktionseinheitspolitik gegenüber der KPÖ usw.). Einige Faktoren von unserer Seite her haben diese Entwicklung besonders begünstigt: das Ausarbeiten von und Arbeiten mit unserem Programm, das doch in der marxistisch-leninistischen Bewegung in gewissem Maß bereits zu „greifen" begonnen hat; unsere Politik in der Frage von Krieg und Frieden, einer vermeintlichen „Erbpacht" der VRA; unsere konsequente Haltung in Fragen Parteiaufbau und Perspektiven der marxistisch-leninistischen Bewegung; der begonnene Kampf gegen alle Erscheinungen des imperialistischen Ökonomismus in unserer Politik, was unser politisches Gesicht doch bereits erheblich verändert hat; unser entschiedenes Auftreten in der Chinafrage.

Natürlich hat diese ganze Entwicklung auch auf unsere Organisation selbst beträchtlichen Einfluß gehabt. Das letzte Jahr hat vieles an Fehlern und Mängeln sowie Unklarheiten und Problemen ans Licht gebracht, den Meinungskampf und einen Differenzierungs- und Klärungsprozeß sehr vertieft, das Interesse und Engagement unserer Genossen für die Gesamtbewegung nachhaltig verstärkt, ihren Kampfgeist und ihre Initiativkraft erhöht und zur Isolierung und Abstoßung bürgerlicher Infektionsherde geführt. Wenn schon keine Stürme, so haben doch beträchtliche Windstöße unsere Organisation durchzogen und ein ständiger gesunder Luftzug herrscht heute. Diese gute Entwicklung führt – wenn auch manchmal mittels zeitweiliger „Krisen" – zur Stärkung und Festigung

der Organisation.

Wägt man alle diese Seiten der Entwicklung der Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung gegeneinander ab, so ergibt sich: Weit davon entfernt, sich zu „stabilisieren" – im Gegenteil! –, ist die Lage doch so, daß auf längere Sicht noch nicht mit der Überwindung der Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung gerechnet werden kann. Es stehen heute keine Schritte zu einer „höheren Form der Einheit der Marxisten-Leninisten", wie wir in unserer Gründungserklärung sagen, auf der Tagesordnung.

Den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten richtig und wirkungsvoll führen

Wenn wir lernen, die in den ersten Kapiteln dieses Berichts kritisierten Fehler und Mängel zu vermeiden, wenn wir lernen, unsere Organisation voll in den Kampf um den Aufbau der Partei zu werfen; wenn wir das ideologische Niveau unserer Genossen heben; und wenn wir weiter unsere Politik entfalten und unsere Organisation aufbauen – dann können wir zweifellos noch einiges in der marxistisch-leninistischen Bewegung in Bewegung bringen bzw. beeinflussen.

Dazu weisen wir einmal die Methoden von VRA und MLPÖ unserer Organisation gegenüber zurück und entlarven den trotzkistischen Charakter dieser Methoden und ihr bürgerliches Klassenwesen. Wie wir es bereits getan haben, stellen wir dem die richtigen Grundsätze über die organisatorischen Beziehungen zwischen den marxistisch-leninistischen Organisationen entgegen, weisen auf die Notwendigkeit der ideologischen und politischen Auseinandersetzung hin und prangern deren Vernachlässigung durch MLPÖ und VRA an.

Vor allem aber muß – gestützt auf die allgemeine ideologische Aufrüstung unserer Genossen – der ideologische Angriff gegen die falschen Positionen von MLPÖ und VRA organisiert und planmäßig und beharrlich vorangetrieben werden. Bisher haben wir meistens nicht angegriffen, sondern reagiert, verteidigt, „die eigenen Reihen gesichert". Das genügt nicht. In letzter Zeit sind wir gegenüber der VRA in der 'Chinafrage' (4), gegenüber der MLPÖ durch die Antwort auf ihre Programmkritik in die Offensive gegangen. Das sind positive Ansätze.

Dabei ist es wichtig, zum Maßstab für die Beurteilung jeder marxistisch-leninistischen Organisation zu machen, was sie tatsächlich zum Parteiaufbau – ideologisch, politisch, organisatorisch – beiträgt. Daran wird jede Organisation von der Geschichte gemessen und auch die Arbeiter- und Volksmassen legen diesen Maßstab an. In dem Maß, in dem wir unsere Aufgaben im Hinblick auf den Aufbau der Partei besser anzupacken lernen, werden wir es auch besser verstehen lernen, diesen Maßstab an unsere eigene sowie an die anderen marxistisch-leninistischen Organisationen anzulegen.

Um die ideologische Offensive gegen die falschen Positionen in den anderen marxistisch-leninistischen Organisationen organisieren und vorantreiben zu können, müssen die inneren Entwicklungen und Probleme dieser Organisationen aufmerksam verfolgt und der Versuch gemacht werden, sie zu begreifen und sich in sie hineinzuversetzen.

Von den drei Gesichtspunkten ausgehend, erstens in welchen Fragen für die anderen Organisationen die Hauptgefahren in Richtung Revisionismus drohen, zweitens in welchen Fragen wir am wirksamsten einhaken und Druck ausüben können, wobei ein äußerer Druck nur wirksam werden kann auf der Grundlage entsprechender innerer Verhältnisse, drittens welche Fragen von Bedeutung für die Arbeit unter den Massen und ihre Gewinnung für den Kommunismus sind – von diesen Gesichtspunkten ausgehend gilt es die Fragen festzustellen, auf die wir unseren Angriff konzentrieren müssen. Was die VRA betrifft, sind das die folgenden: Haltung zu China; Krieg und Frieden; der oben genannte Grundfehler in Fragen Spontaneität und Bewußtheit, Notwendigkeit der Partei, Aufgaben der Marxisten-Leninisten, usw. Wobei gegenwärtig die Chinafrage die alles entscheidende Hauptfrage geworden ist.

In der Auseinandersetzung mit der MLPÖ werden wir die Chinafrage, die Frage von Krieg und Frieden und der internationalen Lage insgesamt, womit sich die MLPÖ so sehr intensiv beschäftigt hat und beschäftigt, sowie die Fragen, die in der Rede von F.St. („Rote Fahne" Nr. 162) und in meiner Antwort darauf („Klassenkampf" Nr. 6/77) behandelt werden, ins Zentrum stellen.

Eine weitere wichtige Frage ist die punktuelle

(4) Dies ist leider inzwischen (Mitte Mai) durch Fehler und Versäumnisse unsererseits überholt.

praktische Zusammenarbeit mit den anderen marxistisch-leninistischen Organisationen. Dazu gehören gemeinsame Aktivitäten bzw. Aktionseinheiten der Marxisten-Leninisten, besondere Absprachen mit VRA und MLPÖ im Rahmen breiterer Aktionseinheiten, gemeinsame Beratungen und Aussprachen usw. usf. Erstens betrachten wir alle diese Formen und Mittel der Zusammenarbeit für unerläßliche Waffen des Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten. Zweitens werden wir diese Waffen nur dann und dort ergreifen, wo sie zweckmäßig zum Einsatz gebracht werden können, und nicht willkürlich eine Flut von „Vorschlägen" an die anderen marxistisch-leninistischen Organisationen richten. Von welchen Gesichtspunkten lassen wir uns dabei leiten? Der wichtigste ist, daß die Partei im Klassenkampf, in der Praxis, unter den Massen aufgebaut wird. Das gilt auch für den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten, der ja kein Selbstzweck ist. Der Kampf zwischen Marxismus und Revisionismus in der marxistisch-leninistischen Bewegung ist keine „interne Angelegenheit" der Marxisten-Leninisten, sondern er muß unter den Massen und öffentlich ausgetragen werden. Umgekehrt ist die Aufgabe der Gewinnung der anderen Marxisten-Leninisten für die richtige ideologische und politische Linie ein – wenn auch ganz besonderer – Teil der allgemeinen Aufgabe der Gewinnung der Massen für diese Linie. Dise Haltung muß den nicht selten anzutreffenden Erscheinungen von „Marxisten-Leninisten-Kumpanei" und Klüngelwesen entgegengestellt werden und den Methoden, an die Stelle der öffentlichen ideologischen Offensive gegen das Falsche in den anderen Organisationen, das persönliche Bearbeiten der Genossen zu setzen. „Sich auf die Massen stützen" – das gilt bei jedem Schritt in der Auseinandersetzung mit VRA und MLPÖ. In diesem Sinn werden wir stets die Möglichkeiten für die genannten organisatorischen Initiativen sorgfältig und konkret prüfen. Wir werden aber keine Vorschläge machen, deren Verwirklichung nicht eine echte positive Bedeutung für den richtig verstandenen Kampf um den Aufbau der Partei und für den Klassenkampf überhaupt hätte und bei denen es nicht – bei entsprechender Mobilisierung für sie – eine reale Chance auf ihre Verwirklichung gibt. Wir machen keine demagogischen, keine hohlen und sinnlosen, keine im Hinblick auf den zu erreichenden Zweck – den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten – ineffektiven und wirkungslosen Vorschläge. Wir machen nicht auf gut Glück Vorschläge in die Luft. Wir machen keine routinemäßigen und willkürlichen Vorschläge. Nur wenn das eingehalten wird, können diese Waffen für den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten genutzt werden.

Darüber hinaus und gestützt auf diese richtige Vorgangsweise nutzen wir auch jede Gelegenheit zur persönlichen Diskussion mit einem jeden Genossen einer anderen Organisation. Solche Gelegenheiten bieten sich genügend bei den verschiedensten öffentlichen politischen Aktionen und Ereignissen. Sie müssen planmäßig und sorgfältig genutzt werden.

Der Aufbau der Partei muß als Tagesaufgabe des KB Österreichs angepackt und vorangetrieben werden

Die Partei ist nichts Utopisches und Abstraktes. Die Partei ist etwas ganz Konkretes. Sie ist eine Organisation, die auf Grund ihrer ideologischen und politischen Linie, ihres organisatorischen Aufbaus, ihrer Verbindung mit den Massen, der Qualität ihrer Kader usw. usf. und durch die Zusammenfassung aller Marxisten-Leninisten in ihren Reihen die Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf führen kann. Um die Partei gründen zu können, müssen die Marxisten-Leninisten in allen diesen Fragen vorwärtskommen. Sie müssen diese Grundlagen für die Partei schaffen. Das bedeutet lauter konkrete Aufgaben, die hier und heute angepackt werden müssen. Darin besteht der Parteiaufbau und er findet tagtäglich statt – sofern und soweit die Marxisten-Leninisten ihren Aufgaben nachkommen. Die ideologische und politische Linie muß weiterentwickelt, erprobt und verankert werden; die Kader müssen theoretisch ausgebildet werden und ein kommunistisches Organisationsnetz muß aufgebaut werden; alle Marxisten-Leninisten müssen von der Richtigkeit unserer Strategie und Taktik überzeugt werden, wenn auch freilich nur die Strategie und die Grundfragen der Taktik Bedingungen eines möglichen Zusammenschlusses sein werden; usw. usf. Die Partei wird im Feuer der Praxis des Klassenkampfs aufgebaut. Trotz der Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung muß das alles hier und heute in Angriff genommen werden.

Diese Orientierung hat nichts mit eventuel-

len Vorstellungen zu tun, daß die Partei durch die bloße Weiterentwicklung unserer heutigen Organisation entstehen könnte, daß es sich hier um einen linearen und „harmonisch" verlaufenden Aufbauprozeß unserer Organisation handeln würde, daß die Partei entstehen könnte, einfach indem wir unsere Organisation ausdehnen und unsere Arbeit immer besser machen. Die Partei entsteht im Kampf und Kampf schließt Gegensätze, politische und organisatorische Brüche, sprunghaft wechselnde Situationen und Aufgaben ein. Das kann jedoch kein Argument gegen die planmäßige Aufbauarbeit in Richtung Parteigründung sein.

Betrachtet man den Parteiaufbau so und stellt man die Frage nach den Kräften, die dazu einen effektiven Beitrag leisten können und/oder wollen, dann ergibt sich: Was wir nicht anpacken, wird kaum geschehen. Der Aufbau der Partei muß in erster Linie von uns getragen werden. Er besteht zu 90 % im Aufbau unserer Organisation, der im Hinblick auf die Partei erfolgen muß.

Man kann unter allen diesen Umständen die bisherigen Überlegungen in zwei Sätzen zusammenfassen: Erstens ist der Aufbau unserer Organisation – im Hinblick auf die Partei – der effektivste und bei weitem wichtigste Beitrag, den wir zum Parteiaufbau leisten können, die Hauptseite beim Parteiaufbau. Zweitens bedeutet dies keinesfalls eine Vernachlässigung des Kampfs um die Einheit der Marxisten-Leninisten, sondern bietet vielmehr erst die klare Grundlage und den richtigen Zusammenhang für diesen Kampf und damit die Bedingungen für die bessere Wahrnehmung auch dieser Seite des Kampfs um den Aufbau der Partei.

In beiderlei Hinsicht ist der ideologische Aufbau, d.h. die „Schaffung der ideologischen Fundamente für die Partei", das Hauptkettenglied. Wenn wir im Lichte dieses Berichtes nun die Frage nach den Wurzeln der ganz zu Beginn genannten Fehler stellen, so ist auf folgendes hinzuweisen: Nur wenn wir den Parteiaufbau als Tagesaufgabe behandeln und die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen; nur wenn wir ihn als Kampffrage betrachten, den Kampf und die Polarisierung zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus in der marxistisch-leninistischen Bewegung sorgfältig behandeln und den Kampf zweier Linien entschieden vorantreiben; nur wenn schließlich – das ist das grundlegendste – der Ökonomismus, den es in unserer Arbeit noch gibt, entschlossen bekämpft und eine im wahren Sinn des Wortes revolutionäre, d.h. auf die Revolution gerichtete und die Frage der Revolution in den Mittelpunkt stellende Arbeit gemacht wird – nur wenn das alles getan wird, kann der Kampf gegen die genannten Fehler radikal, d.h. das Übel an der Wurzel packend, geführt und können diese Fehler vermieden werden.

Zu unseren Aufgaben

In diesem Bericht wird ausgehend von den allgemeinen Festlegungen der Gründungskonferenz eine konkrete Einschätzung der Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung vorgenommen und daraus entsprechende Schlüsse gezogen. Das muß ständig überprüft, vertieft und weiterentwickelt werden. Der Aufbau unserer Organisation mit „Blick auf die Partei" muß als das Entscheidende behandelt und der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten richtig geführt werden. Für beides bietet dieser Bericht Anhaltspunkte. Dabei sollten auch Klassikertexte und überhaupt wichtige Texte aus der kommunistischen und Arbeiterbewegung zum Parteiaufbau herangezogen werden. Weiters müssen wir endlich das Studium und die Fruchtbarmachung der Geschichte der österreichischen kommunistischen und Arbeiterbewegung und besonders der marxistisch-leninistischen Bewegung seit ihrer Entstehung in den frühen 60er-Jahren bzw. ihre unmittelbare Vorgeschichte anpacken. Schließlich sollten wir unsere Probleme im Zusammenhang mit den Problemen der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung behandeln. In all dem bestehen – allgemein gesprochen – unsere Aufgaben.

Im einzelnen schlage ich weiters folgende Aktivitäten vor, die im Kampf um den Aufbau der Partei wichtig sind oder damit in Zusammenhang stehen.

a) Es soll auf die Fortsetzung der Programmdebatte mit der MLPÖ nach den im „Kommunist" 1/77 genannten Gesichtspunkten gedrängt, diese mit der Debatte über die Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung und die Ansichten bzw. Haltung der MLPÖ dazu verbunden und die weitere Klärung eventuell noch offener Probleme in unserer Organisation bzw. in ihrem Umkreis sorgfältig betrieben werden. Das hat nicht nur Einfluß auf die MLPÖ-Genossen, sondern wirkt auch in die VRA hinein und dient der Stärkung und Festigung unserer Organisation. Es schärft die Waffe des Programms.

b) Die Debatte mit der MLPÖ über die Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung und im Parteiaufbau sollte im Sinne des Artikels im „Klassenkampf" Nr.6/77 fortgesetzt werden. Dieser Bericht sollte zusammen mit dem Artikel benutzt werden, um unsere Reihen aufzustellen, offensiv vorzugehen und Druck auf die MLPÖ und natürlich indirekt auch die VRA auszuüben.

c) Der Teil VI. des Rechenschaftsberichtes des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens („Die marxistisch-leninistische Bewegung und der Kampf gegen den Modernen Revisionismus") soll studiert und auf Österreich angewendet werden. Es gilt, daraus wertvolle Schlüsse zu ziehen und ihn als Waffe im Kampf gegen falsche Auffassungen in der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich einzusetzen. Er ist auch ein ausgezeichneter Maßstab dafür, welchen Beitrag eine marxistisch-leninistische Organisation zum Parteiaufbau leistet, ein Maßstab, der besonders an die MLPÖ angelegt werden muß.

d) Gründliches Studium des Teils V des Rechenschaftsberichts des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens („Die internationale Lage und die Außenpolitik der Sozialistischen Volksrepublik Albanien") ist allein schon notwendig zur Vertiefung und Bereicherung unserer eigenen Position, aber auch zur Meisterung der Probleme, die durch diesen Rechenschaftsbericht in der marxistisch-leninistischen Bewegung aufgeworfen werden. Diese Probleme bestehen darin, daß die in sozialchauvinistischen Positionen befangene VRA diesen Rechenschaftsbericht verteufeln und Albanien „endgültig abschreiben", die MLPÖ ihn unter Umständen gegen die „chinesische Position" richten wird, was einen bedauerlichen Rückfall etwa hinter das Herangehen in der „Roten Fahne" (Nr.1\0) bedeutete. Es muß geklärt werden, daß es keine grundlegenden Differenzen zwischen einer „chinesischen" und „albanischen" Position gibt und worin wirkliche oder nur vermeintliche Differenzen bestehen. Einheit und Reichtum der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung müssen hervorgestrichen werden. Jedem Spalterkurs muß entschieden entgegengetreten werden. Ebenso jedem Mißbrauch des Rechenschaftsberichtes. Die ganze Organisation muß voll auf die Höhe dieser Aufgaben gehoben werden. Das erlaubt uns auch, maximal in die Vorbereitung des 3. Parteitags der MLPÖ einzugreifen (siehe dazu „Rote Fahne")

e) Die ideologische Offensive gegen falsche Auffassungen in MLPÖ und VRA muß geführt werden. Überall ist dabei selbstverständlich volle Klärung der betreffenden Fragen in unseren eigenen Reihen Voraussetzung. Dabei ist die Konzentration auf die im Bericht genannten Hauptfragen und insbesondere auf die Chinafrage notwendig.

f) Die Dokumente der letzten Gesamtösterreichischen Aktivistenkonferenz der VRA müssen – soferne sie doch noch veröffentlicht werden – öffentlich und in unserer Organisation sorgfältig beurteilt und behandelt werden. Sie stellen insbesondere wichtiges Material zur Überprüfung der Aussagen dieses Berichtes dar. (6)

g) Literaturhinweise bezüglich Klassikertexten und überhaupt Texten der kommunistischen und Arbeiterbewegung zum Parteiaufbau sollten gegeben werden.

h) Eine Studiengruppe zur „Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung" (Schulungshefte der – damals noch revolutionären – KPÖ) sollte gebildet werden. Sie sollte diese Geschichte im Lichte unserer ideologischen und politischen Linie überprüfen und sie über das Jahr 1937 hinaus bis zur revisionistischen Entartung der KPÖ „fortsetzen".

i) Die Geschichte der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich seit ihrer Entstehung muß studiert werden. Die Entwicklung unserer Organisation muß darin entsprechend eingeordnet werden und dabei einer gründlichen marxistisch-leninistischen Erklärung unterworfen werden.

W.L.

(6) Mit der in der „Volksmacht" Nr.* für die nächste Nummer angekündigten Veröffentlichung dieser Dokumente ist wohl inzwischen nicht mehr zu rechnen. *123

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 1/Nr. 1
August 1976

Kommunistischer Bund Österreichs gegründet
Gründungserklärung

Die politische Lage in der Welt und in Österreich

Die kommunistische Partei auf der richtigen Linie aufbauen!

Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs

Beschluß des ZK zum Zentralorgan

Spendenaufruf

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs (Taschenausgabe)

40 Seiten Preis: 5,-
Best.Nr.: 3-85-377-011-8

(Auch auf slowenisch erhältlich)
Best.Nr.: 377-012-6

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 1/ Nr.2

Zur Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne" der MLPÖ über das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs

Programmkritik der „Roten Fahne"

Stellungnahme zur Programmkritik (1. Teil)

Einige Lehren aus den Auseinandersetzungen mit der Liquidatorenfraktion in der Wiener Ortsgruppe des KB

Die Linie der VRA in der Minderheitenfrage – rechte Abweichungen vom Marxismus-Leninismus

Jahrgang 1/Nr. 3

Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (2. Teil)

Die palästinensische und arabische Revolution und die Aufgaben der österreichischen Kommunisten

Zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb Halbgasse 12, 1070 Wien

Der antifaschistische Partisanenkampf in Oberösterreich und die Fälschungen der Revisionisten am Buch des Genossen Sepp Plieseis

Der Kampf um die „Arena" war ein Schritt vorwärts

Jahrgang 2/ Nr. 1

Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistisch-revisionistischen Welt

Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (3. Teil)

Südafrika: Es lebe die Bewegung 16. Juni!

Südafrika: Über die Einheitsfront

Vom Generalstreik der österreichischen Arbeiter im Jänner 1918 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei

Imperialistischer Ökonomismus in der Militärfrage: Kapitulation vor der Bourgeoisie, versteckt hinter radikalen Phrasen

Bei Teilen der marxistisch-leninistischen Bewegung trifft man auf die Erscheinung, daß einerseits in einer Frage des Kampfs um Demokratie, in der Frage von Krieg und Frieden, eine sozialchauvinistische, rechtsopportunistische Haltung der Unterordnung unter die eigene Bourgeoisie im Kampf gegen die kriegstreiberischen Supermächte propagiert wird und daß andererseits zum Kampf um Demokratie im allgemeinen eine 'links'opportunistische Haltung, die Position des imperialistischen Ökonomismus eingenommen und der revolutionär-demokratische Kampf mit radikal klingenden Phrasen abgelehnt wird. G.H., Mitglied des früheren KB Salzburg/Hallein, hat solche Auffassungen schriftlich in einer Stellungnahme zum Programmentwurf niedergelegt. G.H. ist rasch in allgemeinen Widerspruch zur gesamten politischen Linie der Organisation gekommen und nicht mehr in den KB Österreichs eingetreten. Wir wollen im folgenden auf die wichtigsten Argumente eingehen, mit denen der imperialistische Ökonomismus theoretisch gestützt wird.

Im Kern sagt G.H. in seiner Stellungnahme: Man kann als Marxist-Leninist im Imperialismus hinsichtlich der bürgerlichen Armee, wie überhaupt hinsichtlich des bürgerlichen Staates, keine revolutionär-demokratischen Forderungen aufstellen und benötigt auch solche Forderungen nicht; richtig ist nur, bis zur Revolution Propaganda für die Diktatur des Proletariats zu machen und für kleine Reformen einzutreten. Stellt man trotzdem solche Forderungen auf, laufen sie auf bürgerlichen Reformismus hinaus.

Umreißen wir kurz, welche Bedeutung der Kampf um Demokratie für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat hat und wie er geführt werden muß, um dieser Bedeutung gerecht zu werden. Für die Arbeiterklasse ist die Eroberung der politischen Macht die nächste Aufgabe, um sich aus der Lohnsklaverei befreien zu können. Im Kampf gegen den bürgerlichen Staat, mittels dem die Kapitalistenklasse ihre politische Macht ausübt, steht das Proletariat nicht allein. *„Indem es sich im ständigen demokratischen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat an die Spitze aller Kämpfer für die Rechte des Volkes stellt, gewinnt es die Masse der werktätigen, ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung für sich und seine Ziele und sammelt sie unter seiner Führung. In diesem Kampf entwickeln das Proletariat und die anderen Klassen und Schichten des Volkes die Fähigkeiten, die sie zur Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie, zur Errichtung der proletarischen Räterepublik und zur Übernahme der staatlichen Verwaltung in die eigenen Hände brauchen."* (Programm des KB Österreichs, Seite 25). Lenin hat auf die Aufgaben der Arbeiterklasse als Vorkämpferin der Demokratie in allen Etappen und

Phasen des proletarischen Klassenkampfes hingewiesen, auch und gerade in der Epoche des Imperialismus. *)

Den demokratischen Kampf richtet das Proletariat nicht auf Reformen aus, sondern auf den Zusammenschluß des Volkes um die Arbeiterklasse, die Zersetzung des imperialistischen Staatsapparates und die schließliche Zerschlagung des bürgerlichen Staates. Die Linie des Zusammenschlußes der Volksmassen unter der Fahne des Sozialismus gegen den Staatsapparat hin auf seine Zerschlagung, ist das gerade Gegenteil des Vorgehens, den imperialistischen Staatsapparat demokratisieren zu wollen. Einzelne demokratische Umgestaltungen sind unter der Herrschaft der Bourgeoisie in beschränktem Umfang möglich und stellen Nebenprodukte des revolutionär demokratischen Kampfes dar, die, wie wir in unserer Gründungskonferenz festhalten, *„von größter Bedeutung (sind), um die sozialen Verhältnisse durchsichtiger zu machen und die Ausbeutung der Arbeiterklasse als die Wurzel aller Übel ans Licht zu bringen sowie um den politischen Bewegungsraum der Arbeiterklasse und des Volkes zu erweitern."* (Kommunist 1/76, Seite 47). Das ändert nichts an der Tatsache, daß die Demokratie für die breiten Massen unvereinbar mit der Diktatur der Bourgeoisie ist. Andererseits ist die Diktatur des Proletariats unmöglich ohne die Demokratie für die breiten Massen.

Unser demokratisches Forderungsprogramm ist ein Angriffsplan auf die bürgerliche Herrschaft, der in der Revolution in die Tat umgesetzt wird. Einzelne Forderungen bzw. Teilforderungen auf ihrer Linie werden schon heute als Kampfziele in Bewegungen gegen den bürgerlichen Staat praktisch erhoben, während zugleich das demokratische Forderungsprogramm insgesamt der bürgerlichen Staatsmacht entgegengestellt wird. Demokratische Forderungen, wie sie in unserem Programm niedergelegt sind, sind unter der Diktatur der Bourgeoisie nur in verstümmelter Form, nur ausnahmsweise und nur höchst unvollständig verwirklichbar, weil die Bourgeoisie herrscht und zu diesem Zweck das Volk von der Ausübung der Staatsgewalt ausschließen muß. Das ist kein Grund, diese Forderungen nicht aufzustellen, die Volksmassen nicht frontal gegen den imperialistischen Staatsapparat zusammenzuschließen, was nur im praktischen Kampf um solche Forderungen bzw. auf ihrer Linie möglich ist, sondern zeigt nur, daß die Forderungen revolutionär gestellt werden müssen, daß aufgezeigt werden muß, daß zu ihrer Verwirklichung die Bourgeoisie gestürzt werden muß und daß dies die Voraussetzung der sozialen Revolution ist.

Die demokratischen Forderungen bergen die Gefahr, sie als Reformvorschläge zur Schaffung demokratischer Zustände unter der Diktatur der Bourgeoisie, zur Demokratisierung des imperialistischen Staatsapparates etc. aufzufassen und dementsprechend anzuwenden. Das ist dann der Fall, wenn sie so gestellt werden, daß Illusionen über den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft gefördert werden, wenn in demokratische Bewegungen so eingegriffen wird, daß dies zu einer Zusammenarbeit der Ausgebeuteten mit den Ausbeutern, zur Unterordnung unter den imperialistischen Staatsapparat und zur Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der Werktätigen führt. Davor warnt unser Programm (auf Seite 19) ausdrücklich und hebt (auf Seite 25) hervor, daß der Kampf um Demokratie so geführt werden muß, *„daß er letztlich umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat"*, womit die Notwendigkeit der *„revolutionären Taktik in bezug auf alle demokratischen Forderungen"* (Lenin, Werke Bd. 24, Seite 415) festgehalten wird.

Lenin hat immer wieder betont, daß es sowohl um die „Proklamierung" als auch um die *„Realisierung von 'Rechten', die im Kapitalismus nur sehr bedingt realisiert werden können", geht,* und daß *„ohne diese Proklamierung aber und ohne den unmittelbaren, sofortigen Kampf um diese Rechte, ohne die Erziehung der Massen im Sinne eines solchen Kampfes der Sozialismus* unmöglich *ist."* (Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, Werke Band 23, Seite 69). G.H. lehnt diese Auffassung, die in unseren Grundsatzdokumenten niedergelegt ist, ab und wirft unserem Programm vor, daß darin „die Perspektive des Verwachsens mit dem System der monopolkapitalistischen Ordnung" entstehe. Ist dieser Vorwurf neu? Gewiß nicht. Er ist das alte Postulat der „Undurchführbarkeit" konsequent-demokratischer Forderungen im Imperialismus und der daraus abgeleitete Vorwurf des Reformismus gegenüber einem Programm, das solche Forderungen erhebt. Wir halten die Fragestellung „durchführbar oder nicht" für eine falsche, eine opportunistische Fragestellung, da sie vom vorgegebenen Rahmen der bürgerlichen Demokratie ausgeht und nicht von der Aufgabe des Proletariats, den Kampf in jeder Frage der Demokratie vorwärtszutreiben, zu verbreitern, frontal gegen den bürgerlichen Staat auszurichten, zum Zweck der Vorbereitung und Durchführung des direkten Ansturms auf das Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie. Wieso sollten wir uns durch die Tatsache, daß die demokratischen Forderungen nur als Ausnahme, nur verstümmelt durchführbar sind, vom Kampf darum abhalten lassen? Entscheidend ist doch gerade, daß die Forderungen nicht zur Demokratisierung der bürgerlichen Diktatur, sondern zu deren Sturz aufgestellt werden, daß ihre sofortige Proklamierung und der sofortige Kampf darum die Notwendigkeit, die Bourgeoisherrschaft zu stürzen, unterstreichen. Lenin wendet sich gegen das Argument der Undurchführbarkeit, welches kennzeichnend für den imperialistischen Ökonomismus ist, indem er z.B. in Auseinandersetzung mit polnischen Sozialdemokraten schreibt: *„Objektiv sind ihre Phrasen über die Undurchführbarkeit Opportunismus, da stillschweigend vorausgesetzt wird: 'undurchführbar' ohne eine Reihe von Revolutionen, wie im Imperialismus überhaupt die ganze Demokratie, alle ihre Forderungen undurchführbar sind."* (LW, Bd.22, S.333)

Die bekannte Tatsache, daß die Bolschewiki stets den revolutionär-demokratischen Kampf auf Grundlage ihres Programms führten, versucht G.H. als anerkannte Notwendigkeit in der Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution und danach als Besonderheit der russischen Revolution abzutun: *„Für die russischen* Bolschewiki war ein derartiges Minimalprogramm vor dem Sturz des Zarismus für eine konsequente Durchführung der demokratischen Revolution vonnöten. Nach dem Sturz des Zaren, bei Machtausübung durch eine bürgerlich-imperialistische Regierung entsprach das Minimalprogramm der Besonderheit der russischen Revolution, des „mehr oder weniger schnellen Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution'." Das ist eine falsche Begründung des Festhaltens der Bolschewiki am demokratischen Programm (für das Lenin nach der Februarrevolution lediglich eine Überarbeitung vorschlug). Lenin begründete die Notwendigkeit des Minimalprogramms auf politischem Gebiet *gerade nicht* aus den Besonderheiten der russischen Revolution, sondern aus den allgemeinen Aufgaben jeder proletarisch-revolutionären Partei, die noch im Rahmen der bürgerlichen Ordnung kämpft. Gegen die Absicht einiger Bolschewiki, nach der Februarrevolution das Minimalprogramm zu streichen, sagt er: *„Kann man jetzt die Gewähr dafür übernehmen, daß das Minimalprogramm nicht mehr notwendig ist? Selbstverständlich nicht, aus dem einfachen Grunde, weil wir die Macht noch nicht erobert, den Sozialismus nicht verwirklicht haben, ja noch nicht einmal zum Anfang der sozialistischen Weltrevolution gelangt sind.*

Man muß standhaft, ohne Schwankungen, diesem Ziel zustreben, *aber es ist lächerlich, zu sagen, es sei erreicht, wenn es ganz offenkundig noch nicht erreicht ist. Das Minimalprogramm jetzt schon streichen, hieße erklären, verkünden (einfach gesagt, prahlen), 'wir haben bereits gesiegt.'*

Nein, liebe Genossen, wir haben noch nicht gesiegt.

Wir wissen nicht, ob wir morgen, oder etwas später siegen werden. (Ich persönlich bin geneigt zu glauben, daß es morgen sein wird – ich schreibe dies am 6. Oktober 1917 – und daß wir uns mit der Machtergreifung verspäten können, aber auch morgen ist immerhin morgen und nicht heute.) Wir wissen nicht, wie bald nach unserem Sieg die Revolution im Westen kommen wird. Wir wissen nicht, ob es nach unserem Sieg nicht noch vorübergehende Perioden der Reaktion und des Sieges der Konterrevolution geben wird – unmöglich ist das keineswegs –, und darum werden wir, wenn wir gesiegt haben, eine 'dreifache Befestigungslinie' gegen eine solche Möglichkeit errichten.

Wir wissen das alles nicht und können es nicht wissen. *Niemand* kann *das wissen. Und darum ist es auch lächerlich, das Minimalprogramm zu streichen, das* unentbehrlich *ist, solange wir noch im Rahmen der bürgerlichen Ordnung leben, solange wir diesen Rahmen noch nicht gesprengt haben, solange wir das Grundlegende für den Übergang zum Sozialismus nicht getan haben, den*

*) „Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß der Kampf um Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten.

Nicht weniger falsch wäre es, einen der Punkte des demokratischen Programms, so zum Beispiel das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, fallenzulassen und zwar auf Grund einer angeblichen „Undurchführbarkeit" oder seines „illusorischen" Charakters wegen in der imperialistischen Epoche." (Lenin, Werke Bd. 22, Seite 145)

Feind (die Bourgeoisie) nicht geschlagen, und, nachdem wir ihn geschlagen, nicht vernichtet haben. All das wird sein und vielleicht eher als viele glauben (ich persönlich glaube, daß es morgen beginnen *muß),* aber es ist noch nicht da." (Revolutionäre Programme, Seite 192f.)

Der Versuch G.H.'s, das Festhalten Lenins gegenüber Bucharin und anderen am Minimalprogramm aus den Besonderheiten der russischen Revolution zu erklären, schlägt fehl. Warum sollte auch der konsequente Kampf um Demokratie für die breiten Massen nach der bürgerlichen Revolution überflüssig oder reformistisch werden? Er ist für die Arbeiterklasse nach wie vor ein Mittel zum Zusammenschluß der Volksmassen um die Klasse zwecks Erkämpfung der politischen Macht. Hier sei noch einmal auf Lenin verwiesen, der aus der Tatsache, daß *„alle grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie beim Imperialismus nur unvollständig, verstümmelt und als eine seltene Ausnahme"* durchführbar sind, schließt: *„Aber daraus folgt keineswegs der Verzicht der Sozialdemokratie auf den sofortigen und entschiedenen Kampf für* alle *diese Forderungen. Das wäre ja nur in die Hand der Bourgeoisie und Reaktion gespielt. Ganz im Gegenteil, man muß alle diese Forderungen nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär formulieren."* Genau diese Aufgabe, die demokratischen Forderungen revolutionär zu erheben und sich nicht auf Reformen innerhalb der bürgerlichen Ordnung zu beschränken, kann sich G.H. nicht vorstellen. So schreibt er z.B. zur Forderung nach „Unentgeltlicher etc. Schulbildung etc. – Abwählbarkeit für alle Lehrer". u.a.: *„Wenn man diese Forderung heute erhebt, so muß man sich im Klaren sein, daß man die Forderung nach einer Reform des bestehenden Volksbildungswesens in Richtung polytechnischer Einheitsschule erhebt."*

Statt revolutionär-demokratischen Forderungen schlägt G.H. folgendes vor. Unter dem Punkt „Zur Frage des Herankommens an die proletarische Revolution" schreibt er: *„Übergangslösungen, Losungen des Herankommens an die proletarische Revolution müssen die Kommunisten aufstellen. Diese Losungen beziehen sich jedoch auf eine revolutionäre Situation und haben konkreten Charakter sowie auch den Charakter von Aktionslosungen (Appell an die proletarischen Massen, wie z.B. die Losung der Bewaffnung des Proletariats). Für ein Programm vom Charakter des vorliegenden, das für eine längere Zeitperiode gelten soll, können sie konkret nicht aufgestellt werden. Die Notwendigkeit von solchen Übergangslösungen könnte festgehalten werden sowie klargestellt werden, wann und unter welchen Bedingungen sie aufgestellt werden. Ihren konkreten Ausdruck werden solche Losungen zur entsprechenden Zeit in Aktionsprogrammen, Aufrufen etc. finden. Demokratische Teillosungen haben ebenfalls zum Großteil konkreten Charakter, sie können also in der Regel nicht in einem derartigen allgemeinen Programm konkret dargelegt werden. Man könnte allerdings angeben, in welcher Richtung sie den demokratischen Kampf anleiten (welche Bereiche sie betreffen)."*

Kurzgefaßt läuft der Vorschlag darauf hinaus, vom konsequent demokratischen Kampf heute nur zu reden wie Zukunftsmusik, und nicht ihn heute zu führen, sondern auf einen Kampf um kleine und kleinste, mit der bürgerlichen Ordnung zu vereinbarende Reformen, herunterzubringen. Dieser Weg ist eine Sackgasse, kein Herankommen an die proletarische Revolution, da er die Massen nicht in praktischen Kämpfen zusammenschließt auf einer Linie, die auf einen höheren Typus von Demokratie, die Demokratie der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter, hinzielt.

Das Ansinnen G.H.'s, den demokratischen Kampf auf kleine, mit dem bürgerlichen Rahmen zu vereinbarende Reformen herunterzubringen, statt in jeder Frage anzufachen, zu verbreitern bis hin auf den direkten Ansturm des Proletariats und der Volksmassen auf die Herrschaft der Bourgeoisie, findet sich in der Stellungnahme zu jeder einzelnen Programmforderung wieder, am vehementesten in der Militärfrage.

Die Forderungen, die unser Programm diesbezüglich erhebt, stellen wir heute schon gegen die militärischen Formationen des imperialistischen Staatsapparates und die Herrschaft der Bourgeoisie insgesamt auf und greifen auf ihrer Linie in Kämpfe mit der Absicht der Zersetzung der bürgerlichen Armee, Polizei und Gendarmerie ein. Im Zuge der revolutionären Erhebung wird mit der praktischen Verwirklichung dieser grundlegenden Forderungen begonnen werden können und die proletarische Demokratie wird sie voll verwirklichen. Diesem – grob gezeichneten – Verlauf des Klassenkampfs entspricht die Forderung der „Ersetzung des stehenden Heeres, der Polizei, der Gendarmerie und aller anderen bewaffneten Formationen des Staates durch die allgemeine Volksbewaffnung". Indem wir heute schon auf der Linie dieser Forderung in Bewegungen gegen die militärischen Formationen der Bourgeoisie eingreifen, mit dem Ziel sie zu zersetzen, wird die Revolution, der Aufstand, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates vorbereitet. Die Forderung ist *vor* der Revolution eine Losung der Zersetzung der bürgerlichen militärischen Formationen.

G.H. hält den Militärforderungen des Programms entgegen, daß sie Forderungen nach *„besonders demokratischen Formationen des bestehenden Staates"* seien und daß damit *„der Erlaß eines Gesetzes gefordert wird, einer Art Verfassungsreform, das die Umorganisierung und Demokratisierung der Staatsgewalt festlegen soll." „Denn die Forderung ist im Programmentwurf so gestellt, daß sie als eine Art Verfassungsreform verstanden werden muß, also als vereinbar mit der heutigen monopolkapitalistischen Republik, was nichts anderes ist als das Trugbild einer Forderung, die an den Sozialismus heranführen soll."* Er schlägt stattdessen vor, daß man klarstellen hätte sollen, daß mit der Forderung *„ein Verfassungspunkt der künftigen proletarischen Republik benannt werden soll."* Das wird im Programm nicht getan, weil darin die demokratischen Forderungen nicht nur als Plan des Aufbaus der proletarischen Staatsmacht, sondern auch, und das ist für *dieses* Programm das Wesentliche, als Ziele, für die *jetzt* gekämpft werden muß, aufgestellt werden. Was den Vorwurf anbelangt, die Forderung der Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung sei *„vereinbar mit der heutigen monopolkapitalistischen Republik"*, so ist bei ihrer Aufstellung wie bei allen anderen demokratischen Forderungen der einzig *prinzipielle* Gesichtspunkt der, daß sie mit dem Kapitalismus ökonomisch vereinbar sind, was sie von trotzkistischen Übergangslosungen wie von reformistischen Mitbestimmungsmodellen unterscheidet, welche illusionär und schädlich sind, weil sie die Möglichkeit vortäuschen, unter Umgehung der proletarischen Revolution Einfluß auf die der kapitalistischen Ausbeuterordnung zugrundeliegenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten nehmen zu können und so die Notwendigkeit der proletarischen Revolution als ersten Schritt hin zur Beseitigung der Ausbeutungsverhältnisse in Frage stellen. Im relativen politischen Sinn sind alle grundlegenden Forderungen nur unvollständig, verstümmelt und ausnahmeweise zu verwirklichen, wie wir auch in der Gründungsresolution (siehe Kommunist 1/76, Seite 46) festgehalten haben. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß wir vom bürgerlichen Staat den Erlaß eines Gesetzes zur Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung fordern. Diese Sichtweise des imperialistischen Ökonomismus rührt daher, weil der imperialistische Ökonomismus selbst den demokratischen Kampf nicht anders führen will als um Ziele, die die Bourgeoisherrschaft nicht angreifen, und alles andere für undurchführbar, und daher illusionär und reformistisch hält, weil der imperialistische Ökonomismus nicht anerkennt, daß der erste Schritt in der proletarischen Revolution die *Erkämpfung* der Demokratie ist, sondern vorschlägt, den „Tag X" abzuwarten und bis dahin nur Reformen anzustreben und allgemeine (sprich phrasenhafte) Propaganda zu betreiben über das, was das Proletariat an der Macht alles durchführen wird.

Als weiteres „Argument" gegen die Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung führt G.H. an, daß die allgemeine Volksbewaffnung nicht neben der bürgerlichen Armee existieren kann. Das stimmt und was anderes wird auch nicht behauptet. G.H, unterstellt aber diese Ansicht: *„Gibt es denn eine 'Ersetzung' des stehenden bürgerlichen Heeres, der Polizei, der Gendarmerie, ... ohne vorherige Entwaffnung der Gendarmerie, der Polizei, aller Bürgerkriegstruppen und konterrevolutionären Einheiten der Armee? Warum verschweigt man diese Tatsache einfach? Das Organ welcher Macht ist die 'allgemeine Volksbewaffnung'? Wenn man zubilligen würde, daß es nicht ein Organ des bürgerlichen Staates ist, sondern ein Organ des Aufstandes und der proletarischen Diktatur: warum entlohnen dann die Kapitalisten den Dienst in der Miliz und nur bei den öffentlich Bediensteten der proletarische Staat. Wird hier unter 'dem Staat' aber der alte bürgerliche Staat verstanden, so hat man den alten Senf, daß es nur eine gewöhnliche Miliz sein kann, die von 'ihrem', dem bürgerlichen, Staat auf den Beinen gehalten und bezahlt wird. Die meisten der übrigen Forderungen des demokratischen Forderungsprogramms kranken am selben Fehler, daß man sich daran vorbeischwindeln will, ob die genannten Forderungen, Prinzipien und Maßnahmen des proletarischen Staates sein sollen, oder ob es Rechte sind, die dem bürgerlichen Staat abgekämpft werden sollen."*

Zum einen ist es so, daß die Entwaffnung, die Zerschlagung der bewaffneten Formationen der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats in der Form der allgemeinen Volksbe-

waffnung nicht in schematischem Hintereinander, sondern Hand in Hand durchgeführt werden. Zum anderen ist es so, daß diese Bewaffnung die Form der militärischen Machtausübung des Proletariats darstellt und als Keimform schon vor der endgültigen Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie sich herausbildet. Wie bei der Lösung aller Widersprüche handelt es sich auch hier um einen dialektischen Prozeß und wer dies so begreift, kann auch nicht unterstellen, daß mit der Forderung, die Kapitalisten und der bürgerliche Staat sollen (solange es sie gibt), die Angehörigen der sich herausbildenden bewaffneten Organe des Proletariats bezahlen, der Beweis geliefert sei, daß wir mit der allgemeinen Volksbewaffnung ein Organ des bürgerlichen Staates anstrebten. Die Aufstellung der Forderung nach Lohnfortzahlung durch Kapitalisten und bürgerlichen Staat ist deswegen nötig, weil wir ja auf die praktische Verwirklichung der Forderung der Ersetzung der bewaffneten Formationen der Bourgeoisie durch die allgemeine Volksbewaffnung nicht erst hinarbeiten, wenn das Proletariat die politische Macht erobert hat (was ohnehin ohne das andere nicht möglich wäre), sondern schon in der revolutionären Situation selbst. In dieser Situation streben wir die Verwirklichung der Militärforderungen positiv an, als Rechte *gegen* den bürgerlichen Staat, was nicht abzielt auf Verfassungsreformen sondern auf den Sturz des bürgerlichen Staates.

Wir sind nicht für eine demokratische bürgerliche Miliz, sondern für die Bewaffnung des Proletariats in der Form der allgemeinen Volksbewaffnung und die Zerschlagung des bürgerlichen Staats. In einer Situation, wo noch nicht die praktische Verwirklichung dieses Zieles auf der Tagesordnung steht, werden die Forderungen ebenfalls erhoben und praktische Kämpfe auf ihrer Linie zur Zersetzung der militärischen Formationen der Bourgeoisie und damit zur Vorbereitung der Revolution geführt. *„Das Proletariat kann nicht anders siegen als durch die Demokratie, d.h. indem es die Demokratie vollständig verwirklicht, indem es mit jedem Schritt seiner Bewegung die demokratischen Forderungen in ihrer entschiedensten Formulierung verbindet"* sagt Lenin (LW, Bd. 21, Seite 415).

Und schließlich kann es niemals um Maßnahmen gehen, die der proletarische Staat einfach „einführt". Der Kampf auf der Linie und um die Forderung muß heute schon geführt werden, denn ohne diesen Kampf ist die Schulung der Massen durch praktische Erfahrungen, der praktische Zusammenschluß der Massen um das Proletariat unter der Fahne des Sozialismus und damit die Fähigkeit der Ausgebeuteten, die Diktatur der Bourgeoisie zu stürzen, undenkbar.

Es wird gegen die Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung auch angeführt, daß mit ihrer Durchsetzung auch die Konterrevolution wieder bewaffnet würde. Das entspringt einer falschen Auffassung von der Herrschaft der Bourgeoisie und der Form, in der sie ihre Herrschaft ausübt. Worin besteht die Bewaffnung der Bourgeoisie? Offensichtlich darin, daß sie mittels des bürgerlichen Staates über bewaffnete, vom Volk getrennte Formationen verfügt. Ihre Entwaffnung besteht in der Zerschlagung dieser Formationen. *„Was für eine Polizei brauchen sie, die Gutschkow und Miljukow, die Gutsbesitzer und Kapitalisten? Die gleiche wie unter der Zarenmonarchie.* Alle *bürgerlichen und bürgerlich-demokratischen Republiken der Welt haben eine* solche *Polizei – eine besondere Organisation vom Volk losgelöster, ihm entgegengestellter bewaffneter Menschen, die auf die eine oder andere Weise der Bourgeoisie unterstellt sind – geschaffen oder nach kurzen revolutionären Perioden wiederhergestellt."* (Lenin, Bd. 23, Seite 342).

Indem *diese* Formationen, – Polizei, Gendarmerie, Militär – zerschlagen werden, wird die Bourgeoisie entwaffnet. Lenin fährt fort: *„Was für eine Miliz brauchen wir, braucht das Proletariat, brauchen alle Werktätigen? Eine wirkliche* Volksmiliz, *d.h. eine Miliz, die erstens wirklich aus der* gesamten *Bevölkerung, aus allen erwachsenen Bürgern* beiderlei *Geschlechts besteht, und die zweitens die Funktion einer Volksarmee mit polizeilichen Funktionen, mit allen Funktionen des wichtigsten und hauptsächlichen Organs der staatlichen Ordnung und der staatlichen Verwaltung verbindet."* Dies strebte auch die Pariser Kommune a: *„Das erste Dekret der Kommune war .... die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk."* (Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, zit. bei Lenin, Staat und Revolution, Kapitel III,2)

Wenn für die Bourgeoisie die Bewaffnung in den Formationen des bürgerlichen Staates besteht, und diese zerschlagen werden – wie kann man dann davon sprechen, daß die Bourgeoisie damit wieder bewaffnet würde? Das kann man doch nur, wenn man die Bewaffnung der Bourgeoisie nicht darin erblickt, daß sie als Klasse über die bewaffneten Formationen des bürgerlichen Staates verfügt, sondern darin, daß einzelne Bourgeois Gewehre haben.

Das Proletariat kann nur herrschen und sich aus der Ausbeutung befreien, wenn es die breite Demokratie für die Massen, die Einbeziehung der Massen zur Leitung der Staatsgeschäfte durchsetzt und den bürgerlichen Staat damit durch einen Staat ersetzt, der schon keiner mehr im alten Sinne (immer vollkommenere Maschinerie zur Unterdrückung der Massen) ist. Dazu proklamiert es allgemeine Rechte und Pflichten für jedermann. Ob dieser oder jener Reaktionär von diesen allgemeinen Rechten und Pflichten vorübergehend ausgeschlossen wird, ist dabei wirklich keine prinzipielle Frage.

G.H. beruft sich in seinem Feldzug gegen die revolutionär-demokratischen Forderungen öfters auf die Kommunistische Internationale. Gerade in der Frage des Kampfes um Demokratie hat die Komintern den Fehler gemacht, daß sie sich von den Sozialchauvinisten der II. Internationale dadurch abgrenzte, daß sie den Kampf um Demokratie ablehnte und die Losung der allgemeinen Volksbewaffnung für reaktionär geißelte. Lenin hingegen hatte den Sozialchauvinismus gegeißelt, ohne die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung deswegen abzulehnen. *„Das Minimalprogramm der Sozialdemokratie fordert die Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes. Aber die Mehrheit der offiziellen Sozialdemokraten in Europa und die Mehrheit der Führer unserer Menschewiki hat das Parteiprogramm 'vergessen' oder beiseite geschoben und den Internationalismus durch den Chauvinismus (die 'Vaterlandsverteidigung'), die revolutionäre Taktik durch den Reformismus ersetzt."* (Lenin, April 1917, Band 24, Seite 168). Zu Lebzeiten Lenins konnte die Frage des Minimalprogramms in der Komintern nicht eindeutig gelöst werden, später wurde sie falsch gelöst. Das Kominternprogramm von 1928 (?) negierte den revolutionär-demokratischen Kampf. *)

Man muß, um Klarheit in der Frage des demokratischen Kampfes zu bekommen, die Erfahrungen der russischen Revolution studieren. Ohne Klarheit wird man zum Ignoranten gegenüber den demokratischen Bestrebungen der Massen und zum Opportunisten gegenüber der proletarischen Revolution.

Mit der Ablehnung des revolutionär-demokratischen Kampfes überläßt der imperialistische Ökonomismus das Feld der Bourgeoisie, die demokratischen Bestrebungen werden geringgeschätzt, die revolutionäre Propaganda für die sozialistische Revolution verkommt zur Phrase. Während die Reformisten offen den Verzicht auf den revolutionären Kampf predigen, verlangen die imperialistischen Ökonomisten diesen Verzicht versteckt mit dem Hinweis, der revolutionär-demokratische Kampf sei reformistisch, die demokratischen Forderungen seien illusionär und liefen auf bürgerliches Reformertum hinaus. Das ist keine revolutionäre Einstellung, sondern die Kapitulation vor der Bourgeoisie, Verzicht auf den Klassenkampf und Ohnmacht gegenüber der herrschenden Klasse.

B.O.

*) Führend beteiligt an der Ausarbeitung des Programms war übrigens Bucharin, von dem Lenin 1917 festgestellt hatte, daß er „'an derselben verflixten Stelle' seit 1915 strauchelt" (Band 35, Seite 265)

Untersuchungsbericht über die Entwicklung des Kampfs gegen Atomkraftwerke im Tullnerfeld und im Waldviertel – Materialien zur Lage und Struktur der werktätigen Bevölkerung

Der Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken entfaltet sich gegenwärtig in vielen Ländern Europas und auch in Österreich zu einer breiten Volksbewegung. Dieser Kampf richtet sich gegen die Zerstörung der Umwelt durch die kapitalistische Produktionsweise, die Gegnerschaft zur Politik des bürgerlichen Staates muß in ihm zwangsläufig zum Ausdruck kommen. Den demokratischen Charakter dieses Kampfes muß die Arbeiterklasse fördern und nutzen, um das Volk zusammenzuschließen gegenüber der Herrschaft des bürgerlichen Staates, um seinen Sturz vorzubereiten als notwendige Voraussetzung des Aufbaus einer neuen Gesellschaft, des Sozialismus. Die Arbeiterklasse zu dieser führenden Rolle zu befähigen, ist Aufgabe der Kommunisten. Sie müssen dabei, ausgehend von der Frage der Atomkraftwerke, die Bewegung zu einer bewußten Kampfansage gegen den österreichischen Imperialismus und den Imperialismus insgesamt führen. Der Zusammenhang der Atomkraftwerkspolitik der Bundesregierung mit ihrer imperialistischen Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt, mit den wachsenden Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und dem Beitritt Österreichs zur Internationalen Energieagentur müssen aufgezeigt werden und auf die grundlegende Wurzel allen Übels, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, zurückgeführt werden.

Für die Bewegung ist das nächste Ziel die Verhinderung der Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf und der Errichtung einer Atommüllagerstätte auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig. Von entscheidender Bedeutung für die Erreichung dieses Zieles ist dabei die Frage, wieweit es gelingt, die unmittelbar betroffene Bevölkerung im Tullnerfeld und im Waldviertel in die Bewegung einzubeziehen.

Um die Arbeit unter diesen Bevölkerungsteilen aufnehmen zu können, ist es notwendig, die bisherige Entwicklung des Kampfs in diesen beiden Regionen zu untersuchen, sich Einblick in die konkrete Situation der Klassenspaltung und die sozialen Triebkräfte der Bewegung zu verschaffen.

Mitte Mai tauchten in den Zeitungen die ersten Nachrichten über den Plan zur Errichtung eines Atomkraftwerkes in Niederösterreich, irgendwo an der Donau, auf. Die damalige ÖVP-Alleinregierung unter Klaus setzte sich massiv dafür ein. Verkehrsminister Weiß versprach dem Volk einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung.

Anfang 1970 kam dann der Beschluß zum Bau des Atomkraftwerkes in Zwentendorf an der Donau, Bezirk Tulln, zustande. Der Gemeinderat von Zwentendorf mit SP-Bürgermeister Rabl und ÖVP-Vizebürgermeister, Landesrat Kellner an der Spitze, mit den Stimmen der Vertreter von FPÖ und KPÖ, war einstimmig für den Bau. Vor allem Landeshauptmann Maurer (ÖVP) rechnete es sich als Erfolg seiner Bemühungen an, daß „dieses Großvorhaben für unser Bundesland gesichert werden konnte." („Tullner Bezirksnachrichten", 7.11. 1969)

Der Bevölkerung im Umkreis versuchte man von Anfang an dieses Unternehmen mit großartigen Versprechungen über Arbeitsplätze und damit wirtschaftlicher Prosperität, mit dem Ausbau des Straßennetzes, mit Schaffung von Arbeitersiedlungen, mit fremden Arbeitern, die ihr Geld dalassen würden und vor allem mit diffusen Vorstellungen von einem „direkten Anschluß an die westlichen Industriegebiete" schmackhaft zu machen. Man redete den Leuten ein, daß sie unmittelbar vor dem Ausbruch eines lokalen Wirtschaftswunders stünden, und daß sie dessen Hauptnutznießer sein würden. Und mit solchen Zukunftsvisionen köderte man die Bevölkerung in dem seit 1969 dauernden Propagandafeldzug. Eine der schlimmsten Geißeln der kapitalistischen Produktion, die Unsicherheit und der Mangel an Arbeitsplätzen, mußte für diesen Betrug herhalten. Die Werktätigen des Tullnerfeldes müssen sehr lange Fahrzeiten auf sich nehmen, um einen Kapitalisten zu finden, dem sie ihre Arbeitskraft verkaufen können. Die Auspendlerquote aus dem Bezirk nach Wien beträgt seit Jahren um die 30 % und daran hat der Bau des Atomkraftwerkes nichts geändert. Im selben Zeitraum etwa wurde in den beiden großen Industriebetrieben stark rationalisiert: Vor circa 10 Jahren arbeiteten in der Tullner Zuckerfabrik noch an die 1000 Menschen, jetzt sind es 425, im Werk der Donauchemie in Pischelsdorf bei Zwentendorf waren es 1970 ca. 600, jetzt finden dort knapp 300 Arbeit. Und beide Betriebe konnten genau in dem Zeitraum die Anlagen erweitern und die Produktion steigern. (Siehe Materialteil)

Im Zentrum des Propagandafeldzuges, der von lokalen Politikern, Zeitungen und den Atomkraftwerksbetreibern geführt wurde, stand die wirtschaftliche Notwendigkeit der steigenden Energieproduktion für steigenden Wohlstand. ÖVP- und SPÖ-Politiker zogen durchs Land, ließen sich interviewen, schickten Postwurfsendungen aus und hielten Reden bei Veranstaltungen in Zwentendorf und Tulln mit gleichlautenden Lügen und betrügerischen Argumenten: Atomkraftwerke seien sicher, sauber, fügten sich harmonisch in die Landschaft ein, seien billig, würden Österreich unabhängig von den „Ölscheichs" machen und würden uns überhaupt den Anschluß an die „fortschrittlichsten Industrienationen der Welt" bringen. Von einer Gefährdung der Lebensgrundlagen und der Umwelt durch Radioaktivität war nie die Rede, die Sicherheit wurde nur durch Hinweise auf das neue Strahlenschutzgesetz (1.1.1971) am Rande erwähnt.

Tatsache ist, daß einige hundert Menschen aus der näheren Umgebung auf der Baustelle für circa 4 Jahre Arbeit bekamen, was bei der hohen Pendlerquote im Tullnerfeld von besonderer Bedeutung war.

Tatsache ist weiter, daß die Gemeinde Zwentendorf zu so viel Geld kam, daß eine neue Volksschule, ein Hallenbad und eine Mehrzweckhalle gebaut werden konnte. Die Ortsdurchfahrtsstraße, der Sportplatz und das Kanalsystem wurden ausgebaut, die das Atomkraftwerk bauenden Kapitalisten stellten 5 Arbeiterwohnhäuser, vor allem für nichtansässige Arbeiter, an den Ortsrand, die jetzt zum Großteil wieder leerstehen.

Tatsache ist aber auch – und dies springt jedem ins Auge, der durch das Tullnerfeld fährt – daß schon am Ortsausgang von Zwentendorf die alte Armut wieder beginnt: verlotterte Bauernhöfe, fast keine Neubauten, keine Geschäfte, schlechte Straßen usw. Die Realität straft alle Versprechungen von einem Wirtschaftswunder Lügen.

Eigentümer und Betreiber des Atomkraftwerkes Zwentendorf ist die „Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld GmbH" (GKT), hinter der sich die gesamte verstaatlichte Elektrizitätswirtschaft (mit Ausnahme der Landesgesellschaften von Wien und Burgenland) versteckt. Verbundgesellschaft und Landeselektrizitätsgesellschaften sind mit je 50 % des Stammkapitals beteiligt, davon die NEWAG mit 11 %, deren Aufsichtsratsvorsitzender Landeshauptmann Maurer ist. Gebaut wurde das Atomkraftwerk Zwentendorf von der „Kraftwerksunion" (KWU), das sind die beiden deutschen Konzerne Siemens und AEG.

Vor allem die NEWAG ist am Atomkraftwerk interessiert: Sie hat im selben Zeitraum drei

Unterstützungskraftwerke für Zwentendorf gebaut, nämlich das Donaukraftwerk in Altenwörth, einen Kilometer westlich von Zwentendorf, das Gasturbinenkraftwerk Theiß bei Krems und das große Kohlekraftwerk in Korneuburg. Theiß wurde speziell für den Fall des Stillstands und des Ausfalls von Zwentendorf gebaut und diente den Politikern und Betreibern immer als Argument für die besonders große Sicherheit des Atomkraftwerkes, weil es damit ja „dreimal gebaut" worden sei. Die Landeselektrizitätsgesellschaften erhoffen sich von den Atomgesellschaften relativ geringe Investitions-, Betreibs- und Brennstoffkosten. Durch die vielfache Größe von Atomkraftwerken gegenüber herkömmlichen Kraftwerken ersparen sie sich eine Reihe von Nebenkosten wie Umspannung, Administration u.ä.

Eine andere Seite ihrer Hoffnungen stellen die Pläne dar, durch die konzentrierte Energieproduktion in diesem Gebiet an der Donau, nicht weit von Wien entfernt, große Konzerne zur Betriebsansiedlung dort anzulocken, was auch mit der Fertigstellung des Rhein-Main-Donaukanals 1980 in Zusammenhang gebracht wird.

Die einzigen Ansätze zu einem Widerstand gegen den Bau des Atomkraftwerkes gab es im Jahr 1970/71 in Zwentendorf. Etwa 10 bis 50 Menschen, zum Großteil Arbeiter und einfache Werktätige, unterschrieben Vollmachten, mit denen sich eine Gruppe von Wiener Umweltschützern an das Parlament wenden wollte. Unter dem Druck der lokalen Vertreter der Bourgeoisie (Bürgermeister, Pfarrer u.ä.) zogen diese 50 Leute ihre Unterschrift aber wieder zurück.

Diese Umweltschützer vom „Weltbund zum Schutz des Lebens", der „Umweltschutzbewegung" und der Arbeitsgemeinschaft „Verhütet den Krebs" forderten den Baustop für das Atomkraftwerk. Sie gingen aber von einem bornierten Standpunkt aus, stellten die Ursachen einer solchen Energiepolitik, die nicht im Interesse der Massen liegt, nicht in Frage, blieben an der Oberfläche der Erscheinungen (z.B. Krebsgefahr) und konnten den Menschen keine Perspektive für ihren Widerstand geben.

Daß sich die Bauern im Tullnerfeld nicht gegen das Atomkraftwerk wehrten, liegt daran, daß es sich zum überwiegenden Teil um Großbauern handelt, die unter dem starken Einfluß des reaktionären ÖVP-Bauernbundes stehen, die auf Grund der günstigen geographischen Bedingungen und der Tullner Zuckerfabrik als sicherem und nahem Abnehmer ihres Hauptproduktes sehr reich geworden sind und der Bourgeoisie daher nahestehen. Nicht zu unterschätzen ist hier auch die bedeutende Rolle der Kirche, die zwar von „Garantie und Sicherheit" und „Vorrang des Schutz des Lebens" schwätzte, aber auch in dieser Frage ihren Einfluß auf die Bauern geltend machte.

So war für lange Zeit die Friedhofsruhe wiederhergestellt und der Bau des Atomkraftwerkes konnte zügig voranschreiten. Euphorisch und fromm kommentiert das der Bourgeois-Schreiberling der „Tullner Bezirksnachrichten": „Die Donau war schon immer unser Schicksalsstrom, die Römer, die Salzstraße und das Kernkraftwerk. Alle Wunder geschehen an Ufern. Möge es (das AKW) für die Gemeinde Zwentendorf und seine braven Bewohner, sowie für den ganzen Bezirk ein Wirtschaftswunder werden; es ist eine Freude und ein Gewinn für unsere Gemeinde, hoffen wir, daß das Werk gelinge und ein Segen für die Menschheit wird." (TBN, 6.8.1971)

Auch Bürgermeister Rabl (SP) von Zwentendorf gibt sich zufrieden: „Die Arbeiterschaft von Zwentendorf ist aufgeschlossen, sie stellt sich nicht aus reiner Voreingenommenheit gegen den Fortschritt." Im Sommer 1971 wurde von den deutschen Atomkraftwerkskapitalisten eine „Studienreise" für eine Delegation der Niederösterreichischen Landesregierung mit Maurer und 8 Honoratioren aus Zwentendorf organisiert. Sie wurden zu den Atomkraftwerken Stade-Brunsbüttel und Würgassen geschleppt und kamen voll des Lobes über die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit von Atomkraftwerken zurück. Sie tischten der Bevölkerung einen weiteren, durch „Authentizität" verstärkten Sack voll Lügen auf: Wie groß der wirtschaftliche Vorteil und wie dringend die Notwendigkeit für den Bau des Atomkraftwerkes sei, um schnell einen solchen hohen und sicheren Lebensstandard wie die deutschen Arbeiter ihn hätten, zu erreichen. Bedeutend ist, daß dieses Lied Politiker aller Parteien unisono anstimmten und damit durch das Land und durch die Massenmedien zogen.

Im Dienste eines solchen „Fortschritts" läuft seit Dezember 1972 das Informationszentrum Zwentendorf, vom Atomforschungszentrum Seibersdorf und deutschen Ingenieuren betreut, auf Hochtouren. Aus allen Landesteilen werden Menschen kostenlos angekarrt,

erfahren, wie notwendig wir den Strom aus dem Atomkraftwerk brauchen, wie umweltfreundlich, billig, ungefährlich und sauber diese Form der Energiegewinnung – mit einem Wort, wie segensreich dieses Atomkraftwerk für das Volk sei; sie erhalten kiloweise Propagandamaterial und ein Essen umsonst. Und wenn ein alter Arbeiter den Kopf schüttelt und das alles bezweifelt: „Naja, wenn's explodiert, dann ist von Tulln nimmer viel übrig, dann gemma alle drauf ...", wird das in den Tullner Bezirksnachrichten als Kommentar des „kleinen Mannes" bezeichnet, der in seinem beschränkten Unterbewußtsein – völlig zu unrecht – die Verbindung mit Atombomben und anderen Atomwaffen herstellt. Man klärt ihn auf, „daß die Luftverschmutzung durch Autos um ein Vielfaches gefährlicher ist. Kernenergie ist und bleibt die saubere, hygienische Alternative!" (Tullner Bezirksnachrichten (TBN), 11. 2. 1973).

Am 1. Mai 1975 veröffentlichten die Tullner Bezirksnachrichten das Ergebnis einer von ihnen und den Kraftwerkserbauern durchgeführten Meinungsumfrage zum Atomkraftwerk Zwentendorf. Es sprachen sich circa 50 % dafür aus, 10 % absolut dagegen, und der Rest war nicht entschieden. Nur für den Speichellecker von den Tullner Bezirksnachrichten schaut das dann so aus: „Mit sicherem Instinkt des Volks hat es das Richtige getroffen, das uns die Notwendigkeit der österreichischen Energieversorgung ohnedies aufzwingt." Im selben Artikel werden die Atomkraftwerksgegner, deren Existenz hier zum erstenmal zugegeben wird, als „Schwarzmaler" denunziert, „Leute, die ungenau informiert sind und mit der Angst der Menschen spekulieren": Die Gegnerschaft habe ihre Wurzeln in „notorischer Querulanz, Wichtigtuerei und auch in echtem, fehlgeleitetem Idealismus." (TBN, 1.5. 1975).

Zu einer gewissen Unruhe in der Tullner Bevölkerung kam es Mitte 1976, als bekannt wurde, daß der Zwentendorfer Gemeinderat dem Siemens-Bauherrn einige zusätzliche Sicherheitsauflagen „abgerungen" hatte. Die wichtigste davon sah so aus, daß der Schlot des Atomkraftwerkes höher gebaut wurde, so daß die radioaktiven Abgase nicht über Zwentendorf niedergehen, sondern erst über Tulln.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß bei den ersten öffentlichen Veranstaltungen von Atomkraftwerksgegnern in Tulln und Königstetten (organisiert vom „Arbeitskreis Atomenergie Wien") im Oktober 1976 Fragen der Sicherheit oder Gefährlichkeit von Atomkraftwerken in der Diskussion im Vordergrund standen. Ergebnis der Tullner Veranstaltung war, daß sich eine kleine Gruppe von Tullnern, durchwegs kleinbürgerliche Kräfte (Lehrer, Geschäftsleute u.ä.) zusammenfand, die über die Gefährdung der Umwelt durch Atomkraftwerke aufklären wollte. Diese ersten Ansätze zu einem Widerstand in Tulln verliefen sich aber – da mit völlig ungeeigneten Mitteln (z.B. Vorsprachen beim Bürgermeister, Inserate in den „Tullner Bezirksnachrichten", Kontaktierung von „Honoratioren" u.ä.) geführt – sehr schnell im Sand. Trotzdem riß die Diskussion über das Atomkraftwerk nicht mehr ab, was sich in einer großangelegten Artikelserie, einer Leserbriefaktion und einer neuerlichen Meinungsumfrage Anfang dieses Jahres in den „Niederösterreichischen Nachrichten" niederschlug. Die lokalen Handlanger der Bourgeoisie – Politiker, Zeitungen, Kirche, Arbeiterkammer, Bauernbund – konnten über das Anwachsen der Bewegung im übrigen Österreich nicht mehr mit Stillschweigen hinweggehen. So sandte Landeshauptmann Maurer im März 1977 an alle Haushalte in Niederösterreich eine Postwurfsendung, in der er viel schwätzt vom „Willen der Bevölkerung" und „absoluter Sicherheit", gleichzeitig aber versucht, die Verantwortung auf den Nationalratsbeschluß von 1969 über den Bau eines Atomkraftwerkes abzuschieben. Ähnlich ein SP-Flugblatt zur selben Zeit, wo der ÖVP die Schuld für die jetzige Situation in die Schuhe geschoben wird, aber gleichzeitig mit Kienspan, Waschrumpel und Arbeitslosigkeit gedroht wird.

Als sich abzeichnete, daß immer mehr Menschen Bedenken haben und auch schon eindeutig gegnerische Stimmen aus der niederösterreichischen Bevölkerung auftauchten, organisierten die AKW-Betreiber in langgeübtem Zusammenspiel mit den lokalen Zeitungen wieder Massenpropagandafahrten nach Zwentendorf, Altenwörth und Theiß. Bei einer diese Feldzüge abschließenden Diskussion im April 1977 in Krems brach die Gegnerschaft zum Atomkraftwerk so massiv durch, daß die Herren von der E-Wirtschaft und die Ingenieure von der Kraftwerksunion abbrachen und mit Drohungen von „kommunistischem Strom aus dem Ostblock" das Weite suchten. Vor allem die dort anwesenden Menschen aus dem Waldviertel liefen Sturm gegen die Atommüllagerung in Allentsteig. Zynisch und kaltschnäuzig bekamen sie

zur Antwort, daß sie ja wegziehen könnten, wenn es ihnen nicht paßte, und außerdem sei im Atommüll ohnedies fast (!) kein Plutonium.

Deutlicher Ausdruck der zunehmenden Gegnerschaft in den unmittelbar betroffenen Gebieten war auch die Teilnahme von einigen Waldviertler Gruppen (Zwettl und Wullersdorf) und Einzelpersonen an der Demonstration am 24. März 1977 in Wien.

Im Zuge der Zeitungskampagne wurden mehr als 5000 Leserbriefe an die „Niederösterreichischen Nachrichten" aus allen Teilen der Bevölkerung geschickt. Im Großteil der dort abgedruckten Briefe äußerten die Menschen Zweifel an der Notwendigkeit von Atomkraftwerken, Bedenken über Sicherheit und Ungefährlichkeit, Empörung über die hohen Kosten, die das Volk tragen muß, ohne daß sich dadurch irgendetwas an seiner Lage ändert, und über das „endlose, fruchtlose Politikerpalaver". (Niederösterreichische Nachrichten, 10. 3. 1977)

Ein Bauer aus Perchtoldsdorf schrieb folgenden Leserbrief: *„Solange man nicht imstande ist, aus allen Abfällen zumindest ein ausgiebiges Schweinefutter zu machen, bleiben alle Garantieversprechungen immer nur eine Rücksichtslosigkeit des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren."* (ebenda)

Obwohl die Fragen erpresserisch formuliert waren, nämlich „Risiko Atomstrom gegen Risiko Stromabschaltungen" haben sich 47 % der Teilnehmer an der Umfrage der „Niederösterreichischen Nachrichten" eindeutig gegen die Atomkraftwerke ausgesprochen. („Tullner Bezirksnachrichten", 26. 5. 1977). Das alles zeigt, daß die Bedingungen für die Entwicklung einer Bewegung im Tullnerfeld günstig sind, daß auch hier in dieser Frage der Einfluß der Bourgeoisie abzubröckeln beginnt.

Ende März 1977 hat der Gemeinderat von Zwentendorf einstimmig eine Resolution beschlossen, in der er sich gegen die Zwischenlagerung der abgebrannten Brennstäbe in einem externen Brennelementbecken mit dem Fassungsraum von 550 Tonnen wehrt. Unvermindert gehen jedoch die Rodungs- und Aushebungsarbeiten auf dem Kraftwerksgelände in Zwentendorf weiter. Die Landesregierung, an die diese Resolution gerichtet war, hat bis jetzt in keiner Weise reagiert.

Die weiteren Veranstaltungen des „Arbeitskreises Atomenergie Wien" – Teil der Inititiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) – in Tulln im Februar und im März 1977 wurden jeweils von 300 bis 400 Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung besucht. Es stellte sich heraus, daß die überwiegende Mehrheit der Anwesenden gegen das Atomkraftwerk war und viele großes Interesse an einer Bürgerinitiative zeigten. Dann aber trat ein Teil der neuentstandenen Gruppe dem niederösterreichischen Naturschutzbund bei und schlug wieder den Weg der Petitionen und Vorsprachen bei „einflußreichen Persönlichkeiten" ein, während der andere Teil, zum Großteil Studenten und mittlere Angestellte, auf der Plattform der IÖAG die Arbeit unter der werktätigen Bevölkerung Tullns aufnahm, bisher mit zwei eigenen Flugblättern an verschiedenen Stellen der Stadt agitierte, Unterschriften sammelte und Broschüren verkaufte. Diese Gruppe nimmt aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration am 12. Juni nach Zwentendorf teil.

Atomkraftwerksgegner aus Sieghartskirchen führten Anfang Mai 1977 in Sieghartskirchen eine sehr erfolgreiche Veranstaltung durch, die von etwa 70 Menschen, hauptsächlich Bauern und einfache Werktätige, besucht war. In der Zwischenzeit hat eine kleine Gruppe die Arbeit unter der bäuerlichen Bevölkerung aufgenommen, die ebenfalls auf der Plattform der IÖAG arbeitet und die Demonstration am 12. Juni aktiv unterstützt.

Die Schwierigkeit im Tullnerfeld ist nicht die, daß die Menschen für das Atomkraftwerk wären, sondern daß sie kaum daran glauben, daß es irgndwelche Mittel und Wege gegen die Inbetriebnahme gibt. Die starke Resignation, hervorgerufen durch massive, jahrelang ungehindert andauernde Propaganda der Bourgeoisie, die lügenhaften Versprechungen, die anknüpften an dem Bedürfnis nach Änderung der elenden sozialen Lage der Werktätigen in diesem Gebiet (Wirtschaftswunder, sichere Arbeitsplätze in neuen, nahegelegenen Betrieben, der Strom aus Zwentendorf sichert Arbeitsplätze in ganz Österreich, kleine Zuckerl, wie der Ausbau des Ortes Zwentendorf u.ä.) muß und kann durchbrochen werden. Hier hat die Durchführung einer machtvollen, entschlossenen und einheitlichen Demonstration am 12. Juni große mobilisierende Bedeutung, sie kann einen großen Schritt vorwärts in der Entfaltung einer Bewegung im Tullnerfeld bringen.

Die Bourgeoisie setzt sehr viel daran, vor allem die Bevölkerung des Tullnerfeldes zu demoralisieren. Der Einschüchterung der dortigen Bevölkerung diente die Übung von 3000 Mann der Bereitschaftstruppe rund um den Aktionstag am 24. März 1977, was bei der dortigen Bevölkerung den Eindruck einer bürgerkriegsähnlichen Situation hervorrief. Das Werk in Zwentendorf wird seither ständig von Gendarmen und Soldaten bewacht, die aus entfernten Gebieten Österreichs stammen. Seit Mitte Mai ist zusätzlich ein Großteil der Tullnerfelder Gendarmerie um Zwentendorf zusammengezogen. Es kann sich kein Mensch der Anlage nähern, ohne daß nicht sein Auto untersucht wird und er sich ausweisen muß, mit der Begründung, es gäbe so viele Terroristen in der Nähe. Immer offener und frecher tritt die Staatspolizei auf, indem sie bei Veranstaltungen Autonummern notiert, fotografiert und Spitzel in Sitzungen von Bürgerinitiativen schickt (z.B. in Tulln, Hagenbrunn, Wullersdorf und Sieghartskirchen).

Das alles ist deutlicher Ausdruck der zunehmenden Rechtsentwicklung der Bourgeoisie und Ausdruck der Schwäche der Herrschenden gegenüber der Formierung der Volksmassen zum Angriff in dieser Frage. *„Aber je stärker die Reaktion der Bourgeoisie, desto stärker tritt auch das Streben der Volksmassen nach Demokratie hervor. Immer häufigere und stärkere Kollisionen sind unter diesen Umständen unvermeidlich. Das ist eine objektive Entwicklung."* (Kommunist 1/1976, Seite 45, Parteiaufbau und politische Linie).

Die Entwicklung des Kampfes im Waldviertel schreitet zügig voran

Bezeichnend für das Atomabenteuer der Bourgeoisie ist die Tatsache, daß erst 5 Jahre nach Baubeginn, Mitte 1975, das Problem der ungeklärten Atommüllagerung in die Öffentlichkeit drang – nachdem es all die Jahre des Baus hindurch von bürgerlichen Politikern und Energiekapitalisten beharrlich totgeschwiegen worden war. *„Es gibt keine unmittelbare Gefahr bei sachgemäßer Lagerung"* hieß es in den „Tullner Bezirksnachrichten" am 1.5. 1975 bei der ersten Erwähnung des Allentsteig-Plans. Als Argumente der Bourgeoisie bei der Wahl des Standortes einer Atommüllagerstätte dienen: die geringe Bevölkerungsdichte bei zunehmender Abwanderung, die politische und soziale Zersplitterung der Lohnabhängigen auf Grund der geringen Industrialisierung und des Pendlerwesens (siehe Materialteil) und die „leichte Bewachbarkeit" der Lagerstätte auf dem Truppenübungsplatz durch die bereits stationierten Bundesheereinheiten.

Das ist nichts als bodenloser Zynismus. Technische Überlegungen spielen dabei für die Bourgeoisie die geringste Rolle. Tatsächlich rechnet sie, daß im nördlichen Waldviertel der Widerstand schwieriger zu organisieren ist und die Bevölkerung demoralisierter und verelendeter ist als sonstwo. Dennoch hat sich im Waldviertel der Widerstand in den letzten Monaten stark entwickelt (vgl. „Klassenkampf" 5/77 und 10/77).

Die Liste der Orte im Waldviertel, in denen in den letzten Monaten Veranstaltungen und Versammlungen stattgefunden haben, ist ein deutlicher Beweis für diese Entwicklung:

Lengenfeld, Veranstaltungen im Dezember 1976 und Feber 1977
Wullersdorf (Februar und März 1977)
Hagenbrunn (Februar 1977)
Bärenkopf (März 1977)
Schloß Rosenau (Beratung aller Waldviertler Initiativen, April 1977)
Zwettl (Anfang Mai)
Korneuburg (Mai 1977)
Krems (Mai 1977)
Allentsteig (Mai 1977)

Auf der Veranstaltung in Allentsteig wurde der Beschluß gefaßt, am 25. Juni eine Demonstration aus dem ganzen Waldviertel zum Truppenübungsplatz in Allentsteig durchzuführen.

Der „Arbeitskreis gegen Atommüll – Waldviertel" mit seinem Zentrum in Horn hat darüberhinaus Stützpunkte in: Groß Wolfgers, Weitra, Lengenfeld, Waidhofen/Thaya, Ludweis und Groß Gerungs.

Dieser Arbeitskreis beantwortete in einem Flugblatt die Frage „Warum wird der Atommüll im Waldviertel gelagert?" folgendermaßen:

„Die Experten der Atomindustrie sagen: aus geologischen Gründen, d.h. wegen der Beschaffenheit des Gesteins.

Tatsächlich steht dahinter etwas anderes: Das Waldviertel ist ein ökonomisch benachteiligtes Gebiet. Es ist kein Zufall, daß gerade hier ein Truppenübungsplatz angelegt wurde, und daß gerade hier der Atommüll gelagert werden soll. Denn es ist für unser wirtschaftliches und soziales System kennzeichnend, daß sich auf der einen Seite industrielle Ballungszentren bilden, in die alle Investitionen fließen, in denen die arbeitende Bevöl-

kerung zusammengepfercht ist und kaum noch Luft zum Atmen hat. Daneben aber veröden ganze Landstriche; dort rentiert sich nichts, dort wird nichts investiert. Solch ein Landstrich ist das Waldviertel. Das ist nicht die Schuld der Bevölkerung. Es ist auch nicht die Schuld der Bauern, daß sich die Landwirtschaft immer weniger auszahlt. Im Waldviertel sind heute vermutlich schon mehr als die Hälfte Nebenerwerbsbauern. Sie werden von der Industrie aufgesogen. Das bedeutet für sie aber: entweder abwandern oder pendeln nach Wien oder nach Linz. Das bedeutet für sie: die ganze Woche weg sein von der Familie oder lange Anfahrtszeiten zum Betrieb, verlorene Zeit, die niemand zahlt; das bedeutet: für die Kinder Lehrstellen suchen, den Unterhalt in der Stadt zahlen usw."

Insgesamt stehen im nördlichen Waldviertel bisher hauptsächlich Vertreter lokaler bürgerlicher Kräfte an der Spitze der Bewegung. Das hat seine Ursache darin, daß nicht nur die Grundlage der ökonomischen Existenz der kleineren und mittleren Bauern bedroht ist; auch die örtliche Kleinbourgeoisie wird zwangsläufig zu einem Gegner des Atommüllagerplatzes, da sie ihre Hoffnungen auf wirtschaftlichen Aufstieg in einer Ausweitung und Intensivierung des Fremdenverkehrs sieht. Diese Aussichten würden durch die Errichtung eines Atommüllagerplatzes in ihrer unmittelbaren Nähe zunichte gemacht werden. Von ihrer Klassenlage her ist es den kleinbürgerlichen Kräften nicht möglich, sich konsequent gegen die imperialistische Energiepolitik und ihre Auswirkungen zu stellen. Es ist daher unbedingt notwendig, daß Arbeiter und Kleinbauern verstärkt in die Bewegung hineingezogen werden und die Führung in ihr übernehmen.

Ausgehend von der Wichtigkeit der Entfaltung der Bewegung in den unmittelbar betroffenen Gebieten – Tullnerfeld und Waldviertel – hat sich die IÖAG die Aufgabe gestellt, die Entwicklung des Widerstandes dort politisch, organisatorisch und praktisch zu unterstützen (Information über den Kampf, Materialien zur Verfügung stellen, Unterstützung bei Verfolgung durch die Staatsgewalt usw.) Gerade bei der unmittelbar betroffenen Bevölkerung muß die Überzeugung verankert werden, daß ihre Kämpfe nur erfolgreich sein können, wenn sie sich auf die eigenen Kräfte stützt.

Darüber hinaus haben die Kommunisten die Aufgabe, die ideologische Arbeit als Hauptkettenglied anzupacken. Sie müssen alles daransetzen, die Massen auf einen Kampf gegen die österreichische imperialistische Bourgeoisie und ihren Staat auszurichten.

Sie müssen die Schädlichkeit und den reaktionären Charakter des Atomenergieprogramms der Kapitalisten und der Regierung sowohl als ein besonders anschauliches Anklagematerial gegen den Kapitalismus nutzen, als auch für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volks im Kampf um ihre Rechte gegen den bürgerlichen Staat.

„Das Streben der Massen nach Demokratie entfaltet sich auf der Grundlage der drückenden sozialen Verhältnisse im Kapitalismus, die durch das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung der Arbeiterklasse gekennzeichnet sind. (.....) Um dem Streben der Massen nach Demokratie eine revolutionäre Stoßrichtung zu verleihen und die Führung durch die Arbeiterklasse durchzusetzen, müssen die Kommunisten daher den Klassencharakter der Staatsmacht, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und die soziale Revolution als Zweck der proletarischen Diktatur ins Blickfeld rücken."
(Kommunist 1/1976, Seite 45)

Auch die Entwicklung der selbständigen Massenbewegung gegen Atomkraftwerke zeigt: Der Linksdrang in der Arbeiterklasse und im Volk verstärkt sich

Wir leben gegenwärtig in einer Zeitspanne, der Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution, in der sich die grundlegenden Widersprüche auf der Welt zuspitzen und alle objektiv und subjektiv auf die Klassenauseinandersetzungen in Österreich wirken. Nach dem Niedergang der Arbeiter- und Volksbewegung nach 1950 beginnen, vor allem seit der Krise 1973 - 1975, die Elemente für einen Aufschwung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Volksbewegung zu wachsen. Das hat in den letzten Jahren zu einer Vielzahl spontaner Rebellionen und Auseinandersetzungen an den verschiedensten Reibungspunkten sowohl gegen die Kapitalisten als auch gegen den bürgerlichen Staat geführt. Einer der schärfsten und breiteste Teile des Volkes hineinziehenden Konflikte ist die Front des Volkes gegen die imperialistische Energiepolitik der Regierung. Der Kampf gegen den Bau des Atomkraftwerkes in St. Pantaleon, der Kampf gegen das AKW in Rüthi an der österreichisch-schweizerischen Grenze, der Kampf gegen die Inbetriebnahme

des AKW in Zwentendorf und den Atommüllagerplatz im Waldviertel, das alles ist Ausdruck des Tendierens der Massen nach links und der Entwicklung der Bourgeoisie nach rechts. Diese Kämpfe sind deutliche Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie in gewissen Bereichen die Kontrolle über die Massen zu verlieren beginnt, daß das Volk unter der Führung der Arbeiterklasse anzugreifen beginnt.

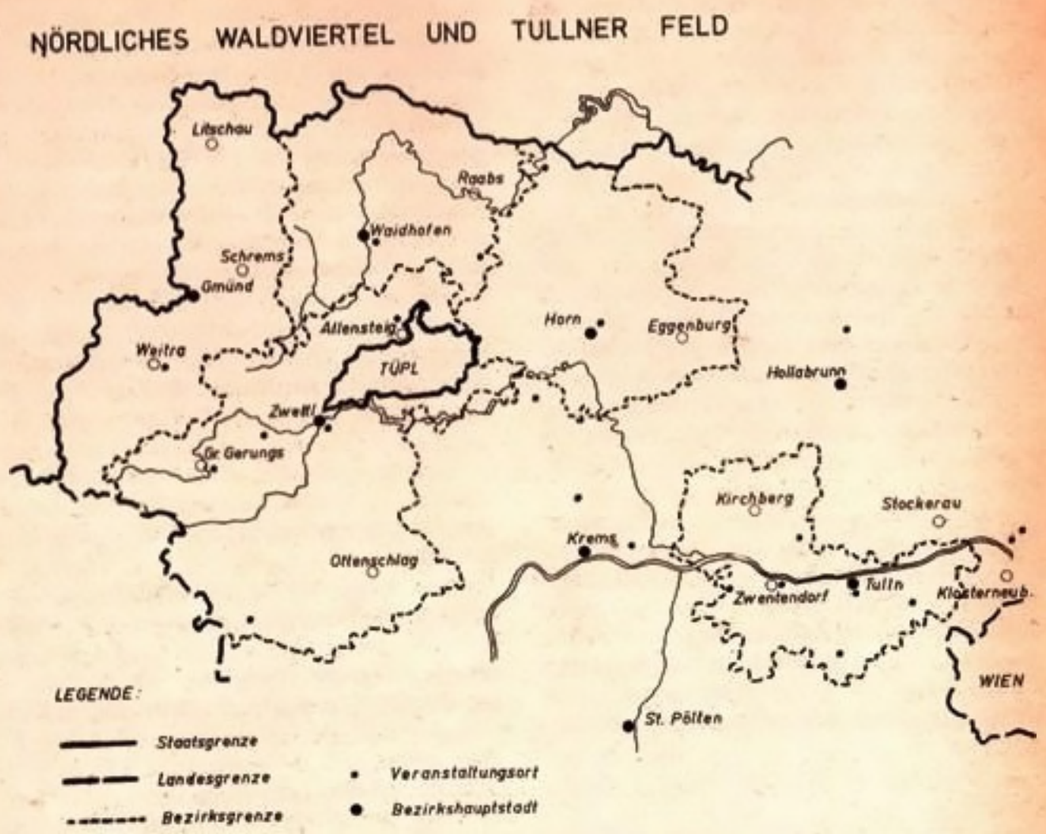
Gierig dahinter, dem imperialistischen Energieprogramm auf die Beine zu verhelfen, stößt die Bourgeoisie an ihre eigenen Grenzen, die ihr die gesetzmäßige Anarchie der kapitalistischen Produktion und der revolutionäre Kampf des Volks setzt. Die Arbeiterklasse wehrt sich nicht deswegen gegen die Atomkraftwerke und schließt nicht deswegen das Volk zusammen, weil sie „zurück zur Natur will" oder ins Mittelalter zurückkehren will, sie betreibt auch nicht „moderne Maschinenstürmerei", wie die Atomkraftwerksgegner immer von der Bourgeoisie und den modernen Revisionisten verleumdet werden, sondern ihr Kampf richtet sich gegen die Schädigung und Zerstörung der Umwelt, die das Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus und der tendenziellen Hemmung dieser Entwicklung in seinem höchsten Stadium, im Imperialismus, ist. Die vorwiegend bäuerliche Bevölkerung des Waldviertels kämpft gegen die Atommüllagerstätte nicht, weil sie sich dem Fortschritt entgegenstemmen will, sondern setzt sich dagegen zur Wehr, daß ihr Ruin beschleunigt, ihre Produktionsbedingungen vernichtet werden sollen.

Der Widerstand gegen Atomkraftwerke formiert sich aber auch in anderen Gebieten Österreichs, nicht nur in den unmittelbar betroffenen, wie Tullnerfeld, Waldviertel und die Umgebung von Linz, gerade weil immer mehr Menschen erkennen, daß der Bau von Atomkraftwerken nicht den geringsten Fortschritt für die Arbeiterklasse und das Volk bringt, weil er nichts an ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage ändert, keines ihrer grundlegenden Probleme löst. Im Gegenteil: *„Aber alle Vorteile dieser Entwicklung (der steigenden Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit, d. Verf.) werden von den Kapitalisten usurpiert und monopolisiert, so daß alle Mittel zur Entwicklung der Produktion sich für den Arbeiter in zusätzliche Mittel seiner Ausbeutung und Unterdrückung verwandeln."* (Programm des KB Österreichs, Seite 8)

Der rücksichtslose Raubbau der Bourgeoisie gegenüber Boden, Luft, Wasser usw. als Quellen des materiellen Reichtums, die Zerstörung der Umweltbedingungen, die Gefährdung der Gesundheit der Massen, wie auch die Unfähigkeit der Kapitalistenklasse, sichere Arbeitsplätze zu schaffen, das alles sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft seit ihrer Entstehung.

In der Frage der Atomkraftwerke, die vom bürgerlichen Staat geplant, gebaut und verwaltet werden, zeigt sich, welchen Grad der Vergesellschaftung die Produktion schon erreicht hat; deshalb zeigt sich hier auch besonders deutlich, wie sehr die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse (das Privateigentum an den Produktionsmitteln) zum Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden sind und wo nur die Lösung dieses Konfliktes liegen kann, nämlich in der Lösung der Eigentumsfrage durch die soziale Revolution.

Nur in dieser Perspektive begründet sich der fortschrittliche Charakter der Bewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken. Die tiefe Überzeugung der Volksmassen, daß sie gegenüber dem Staat und den Kapitalisten in dieser Frage im Recht sind, muß auf diese Perspektive gelenkt werden.



Materialien zu Lage und Struktur der werktätigen Bevölkerung:

a) Nördliches Waldviertel

Das untersuchte Gebiet umfaßt die vier politischen Bezirke Zwettl, Gmünd, Waidhofen und Horn. Die geplante Atommüllagerstätte befindet sich auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Allentsteig und liegt ungefähr im Zentrum des nördlichen Waldviertels. Wichtige Städte sind die vier Bezirkshauptstädte (Zwettl, Gmünd, Waidhofen, Horn) dazu kommen noch Großgerungs, Heidenreichstein, Großsiegharts und Schrems. Das gesamte Gebiet umfaßt ca. ein Fünftel der Fläche Niederösterreichs, wird aber nur von einem Achtel der niederösterreichischen Bevölkerung bewohnt – es ist somit eines der entvölkertsten Gebiete Österreichs. Besonders kraß zeigt sich das im politischen Bezirk Zwettl und hier im Gerichtsbezirk Ottenschlag – auf einen Quadratkilometer kommen 30 Einwohner, während der Österreich-Durchschnitt für ländliche Gebiete bei 49 Einwohnern pro Quadratkilometer liegt.

Tabelle 1: Bevölkerungszahlen und ihre Entwicklung
Entwicklung 1961 - 1971 in % von 1961

pol. Bezirk	Einwohner	Einwohner pro km²	total	Geburtenrate	Wanderung
Zwettl	50.348	36	−0,5	+ 8,7	− 9,2
Gmünd	47.041	33	− 1,2	+ 5,0	− 6,2
Waidhofen	37.172	49	− 3,5	+ 4,5	− 8,0
Horn	36.856	47	− 3,7	+ 3,2	− 6,9

Stand: 1971

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, nimmt diese Entvölkerung immer größere Ausmaße an – zwischen 1961 und 1971 kann man in allen pol. Bez. eine Abnahme der Wohnbevölkerung feststellen. Diese Abnahme wäre noch wesentlich höher, würde sie nicht durch überdurchschnittlich hohe Geburtenraten gemildert. Diese Geburtenrate ist in den letzten Jahren aber wesentlich geringer geworden, da der Anteil der alten Menschen, die kaum abwandern, an der Gesamtbevölkerung immer höher wird – d.h., die Entvölkerung des Gebietes hat sich in den letzten Jahren (seit 1971) wesentlich verschärft, da sich an der grundlegenden Ursache nichts geändert hat: Die drückenden sozialen Verhältnisse als direkte Folge des Gegensatzes zwischen Stadt und Land und der ungleichmäßigen Entwicklung beider.

Dieser Gegensatz ist ein notwendiges Resultat der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus und der Weiterentwicklung der Produktion. Eine Lösung dieses Widerspruchs „kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel." „Mit dieser Behandlung der heutigen Produktivkräfte nach ihrer endlich anerkannten Natur tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen." (F. Engels, Anti-Dühring). Unter diesen Bedingungen wird auch der Stadt-Land-Gegensatz aufgehoben werden können im Zuge der sozialen Revolution des Proletariats – reformerische Maßnahmen wie Grenzlandförderung, Steuererleichterungen, Kreditzuschüsse und ähnliches mehr, helfen nur einzelnen Kapitalisten bei der Auffettung ihrer Bilanzen, aber nicht der Bevölkerung in den benachteiligten Gebieten.

Diese Benachteiligung kommt im nördlichen Waldviertel besonders kraß zum Ausdruck auf Grund der großen Entfernungen zu den nächsten Ballungszentren der Industrie (Wien, Linz) und der „toten" Grenze. Dazu kommen noch ungünstige geographische und klimatische Verhältnisse.

Im folgenden werden eine Reihe von Tatsachen angeführt, die als „typisch" für das Waldviertel gelten, aber nur eine Folge der obengenannten Bedingungen sind und in engstem Zusammenhang miteinander stehen.

Das gesamte nördliche Waldviertel ist ein reines Agrargebiet, der Anteil der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten an den Erwerbstätigen liegt in jedem Bezirk weit über dem Bundesdurchschnitt, aber auch über dem Landesdurchschnitt (wobei Niederösterreich bereits als „Agrarland" einzustufen ist.) Besonders hoch liegen diese Werte in den Gerichtsbezirken Großgerungs und Ottenschlag im politischen Bezirk Zwettl; der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung ist hier einer der höchsten in ganz Österreich. (Darst. 1)

Dementsprechend gering ist der Anteil des Proletariats. Eine Ausnahme bildet hier der pol. Bezirk Gmünd, wo mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen Arbeiter sind, in den Gerichtsbezirken Schrems und Litschau sind es sogar fast zwei Drittel aller Werktätigen. (Darst. 2)

Darstellung 1:

Anteil der Bauern an den Werktätigen

Legende:

unter 25 %
26 - 35 %
36 - 45 %
über 45 %

Anteil

Stand 1971

Darstellung 2:

Anteil des Proletariats an den Werktätigen

Legende:

unter 36 %
36 - 40 %
41 - 45 %
über 55 %

Anteil

Stand 1971

Der Anteil der Angestellten ist vor allem in den jeweiligen Bezirkshauptstädten sehr groß, da hier alle öffentlichen Einrichtungen (Ämter, Schulen, Krankenhäuser) und wichtige Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe (Geschäfte, Büros) zusammengefaßt sind. Eine Ausnahme bildet der Gerichtsbezirk Allentsteig im pol. Bezirk Zwettl, wo ein hoher Anteil des „Dienstleistungssektors" in den Statistiken durch die Tatsache begründet ist, daß die auf dem Truppenübungsplatz stationierten Bundesheereinheiten als „Dienstleistung" geführt werden.

Vor allem große Teile des Proletariats finden nur zum Teil in ihrem Heimatbezirk eine Beschäftigung – damit im Zusammenhang stehen die Arbeitslosenzahlen, die hier die höchsten in Österreich sind. Im März 1977 waren es im Bezirk Waidhofen 4 %, im Bezirk Gmünd 6 % und im Bez. Zwettl sogar 8 % der Berufstätigen, die ohne Arbeit waren. Mit anderen Worten: im politischen Bezirk Zwettl entfällt auf 11 Beschäftigte ein Arbeitsloser. Der Niederösterreich-Durchschnitt betrug zu diesem Zeitpunkt „nur" 2 %.

Um aus dieser Arbeitslosigkeit einen Ausweg zu finden, sind die Lohnabhängigen gezwungen, in die industriellen Ballungszentren zu „pendeln", um dort ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Das Ausmaß des Pendlerwesens ist von nicht unerheblicher Bedeutung für den Klassenkampf, da durch die Trennung in ortsansässige und auswärtige Arbeiter (die doch „ganz andere" Probleme haben) für die Kapitalisten eine Reihe von Ansatzpunkten für ihre Spaltungsmanöver gegeben ist.

Tabelle 2: Pendlerwesen

pol. Bezirk	1 wohnhaft Beschäftigte	2 davon Pendler absolut	3 davon Pendler in % von Spalte 1	4 davon wiederum Pendler, die nicht jeden Tag heimkommen absolut	5 davon wiederum Pendler, die nicht jeden Tag heimkommen in % von Spalte 2
Zwettl	20.655	2.813	14	1.806	73
Gmünd	19.768	1.186	6	869	82
Waidhofen	13.363	1.160	9	513	56
Horn	14.798	1.250	8	703	68
Niederösterr.	576.546	136.875	24	28.377	21

Stand 1971

Im Waldviertel ist der Anteil der Pendler an den Erwerbstätigen relativ gering, vergleicht man ihn mit dem Landesdurchschnitt; die Erklärung ist in der Entfernung von den nächsten größeren Industriestandorten zu suchen – es ist ein Unterschied, ob man von Mödling nach Wien zur Arbeit fährt oder von Zwettl nach Wien. In beiden Fällen wird man aber als „Pendler" in den Statistiken aufscheinen. Sehr deutlich wird dieser Unterschied, wenn man den Anteil der „Nichttagespendler" an den Pendlern betrachtet: ca. 70 % der Pendler aus dem Waldviertel können nur am Wochenende bei ihrer Familie sein, während dies im Niederösterreich-Durchschnitt nur bei 20 % der Fall ist. Zirka 5 % der Pendler arbeiten in Linz und 50 % in Wien, wobei es in den einzelnen Bezirken auf Grund der Lage Unterschiede gibt. Auffallend ist der wesentlich höhere Pendleranteil im Bezirk Zwettl. Die Begründung dafür findet man im geringen Industriealisierunsgrad in diesem Bezirk .... dazu später mehr.

Tabelle 3: Durchschnittliche Industrielöhne und -gehälter

pol. Bezirk	Industriearbeiter absolut	Industriearbeiter % des öst. Ø	Industrieangestellte absolut	Industrieangestellte % des öst. Ø
Zwettl	3.895	87	7.193	96
Gmünd	3.616	81	5.845	78
Waidhofen	3.437	77	5.767	77
Horn	3.839	86	7.964	107

Stand April 1971

Diese Zahlen sprechen für sich – zu berücksichtigen dabei ist nur, daß sie schon sehr alt sind. Inzwischen hat sich der Abstand zum Bundesdurchschnitt noch vergrößert. Dazu kommt, daß in den genannten Zahlen die Löhne und Gehälter der Pendler enthalten sind; d.h., daß die im Waldviertel ausbezahlten Löhne noch wesentlich niedriger sind.

Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft als Erwerbsgrundlage für einen Großteil der Bevölkerung im nördlichen Waldviertel ist bereits erwähnt worden (siehe Darstellung 1).

Was allgemein über die Lage der bäuerlichen Bevölkerung in Österreich ausgesagt werden kann, gilt hier in noch verstärktem Maße: Kapitalkonzentration auch in der Landwirtschaft, Abnahme der Voll- und Zunahme der Nebenerwerbsbauern, wachsende Abhängigkeit von Kapital und Großagrariern, Landflucht usw. (Genauer auf diese Erscheinungen eingegangen wird im Artikel „Die armen Bauern und Arbeiterbauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewinnen" in „Kommunist" 3/77). Zu berücksichtigen ist dabei allerdings folgendes: auf Grund der extremen Randlage, der geringen Industrialisierung und der allgemeinen Rückständigkeit des Gebietes, beginnen bestimmte vorherrschende Entwicklungstendenzen erst jetzt, sich auch im Waldviertel auszuwirken. Manche Veränderungen haben also noch gar nicht in vollem Umfang eingesetzt, z.B. die Entwicklung des Anteils der Nebenerwerbsbauern.

Tabelle 4
Betriebsstruktur in der Landwirtschaft

	Anteil der Kleinbauernbetriebe an den Betrieben insgesamt in %	Anteil der Nebenerwerbsbetriebe in %
Zwettl	44	32
Gmünd	54	39
Waidhofen	43	33
Horn	40	30
NÖ	56	36

Ein Vergleich der pol. Bezirke Gmünd und Zwettl zeigt die obengenannte Situation sehr anschaulich: in Gmünd liegt der Anteil der bäuerlichen Erwerbstätigen unter dem Landesdurchschnitt, während er in Zwettl österreichische Spitzenwerte erreicht (Darstellung 1); das Landproletariat (= Arbeiter in Land- und Forstwirtschaft) erreicht in Gmünd fast 8 % Anteil an den bäuerlich Erwerbstätigen (Landesdurchschnitt 6,5 %), während dieser Anteil in Zwettl 4 % beträgt. In Gmünd hat der Konzentrationsprozeß bei den Groß- und Mittelbauern bereits voll eingesetzt, die Polarisierung in Groß- und Kleinbetriebe ist sehr deutlich und der Anteil der Nebenerwerbsbauern (43 %) liegt weit über dem Bundes- und Landesdurchschnitt (39 % bzw. 36 %). In Zwettl liegt der Anteil der Nebenerwerbsbauern (32 %) unter den Durchschnittswerten und der Anteil der einzelnen Betriebsgrößen ist gleichmäßig verteilt.

Die Ursache für diese Unterschiede liegt in den günstigeren geographischen Bedingungen in Gmünd, vor allem aber in der stärkeren Industrialisierung, während in Zwettl fast keine Industrie existiert und dieser Bezirk eines der rückständigsten Gebiete in Österreich ist. Was die geographischen Bedingungen anbelangt, gibt es hier ebensoviele „Bergbauernbetriebe" wie in Tirol, wenn auch mit einem geringeren „Erschwernisgrad". Mechanisierungen, wie sie für einen Großbetrieb notwendig sind, können hier nur beschränkt durchgeführt werden.

Im Bezirk Waidhofen ist die Situation in der Landwirtschaft ähnlich der in Zwettl, wenn auch nicht so ausgeprägt. Der Bezirk Horn liegt in seiner Entwicklung zwischen den beiden genannten Extremwerten – vor allem sind hier die Bedingungen für die landwirtschaftlichen Großbetriebe günstiger.

Diese allgemein ungünstigen Bedingungen finden auch im Einkommensdurchschnitt der bäuerlichen Bevölkerung ihren Ausdruck. Genauere Zahlen sind hier kaum erhältlich, man kann aber als sicher annehmen, daß einerseits das Einkommen eines in der Landwirtschaft Erwerbstätigen (abgesehen von Groß- und Mittelbauern) unter dem Durchschnittseinkommen eines Lohnabhängigen liegt, andererseits das bäuerliche Einkommen im Waldviertel noch unter dem Bundesdurchschnitt der landwirtschaftlichen Einkommen liegt, da so wichtige Nebenerwerbsquellen wie Fremdenverkehr noch von untergeordneter Bedeutung sind.

Ein wichtiges Merkmal für den Entwicklungsgrad der industriellen Produktion ist die durchschnittliche Betriebsgröße:

Tabelle 5
Durchschnittliche Betriebsgrößen in der Industrie nach Zahl der Beschäftigten

	durchschnittlich Beschäftigte absolut	in % des Österreichdurchschnitts
Zwettl	5,4	9
Gmünd	61,8	108
Waidhofen	37,5	66
Horn	21,6	38
Österreich-Ø	57,0	100

Stand 1967

Mit Ausnahme des Bezirks Gmünd liegen die durchschnittlichen Betriebsgrößen in der Industrie weit unter dem Bundesdurchschnitt, es sind also kaum Großbetriebe (= Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten) vorhanden. Die Zahlen stammen zwar aus dem Jahr 1967 und es dürften vor allem in den darauffolgenden Jahren einige neue Betriebe gegründet worden sein. Andererseits ist es gerade in den letzten Jahren im Zuge der Krise der kapitalistischen Wirtschaft zu einer Reihe von Betriebsstillegungen gekommen .... es hat sich also insgesamt nicht allzuviel geändert.

Die wenigsten Großbetriebe gibt es im pol. Bez. Zwettl, hier existierten 1973 2 Betriebe mit über 100 Beschäftigten. In Horn gibt es immerhin 9 Großbetriebe und in Waidhofen 11. Die stärkste Industrialisierung (soweit man im Waldviertel von Industrialisierung sprechen kann ....) findet man in Gmünd, hier gibt es 20 Großbetriebe.

Vorherrschend ist die Produktion von Textilien, diese Branche prägt die ganze Wirtschaftsstruktur des Waldviertels. Gerade bei diesem Produktionszweig kann man vom zeitweiligen Phänomen einer „Stadtflucht" sprechen: sie betrifft Industrien mit einem relativ geringen Mechanisierungsgrad (Textil-, Elektronikindustrie) und einem hohen Anteil der Lohnkosten an den Produktionskosten. In Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs, wenn in den Ballungszentren eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften besteht, das Angebot aber immer geringer wird und die Löhne daher steigen, ist es für solche Wirtschaftszweige günstiger, aufs Land zu ziehen. Dort gibt es auch in Phasen der Hochkonjunktur einen Überschuß an unqualifizierten und daher billigen Arbeitskräften. Dazu kommen dann meistens Förderungsmaßnahmen von Staat, Land und Gemeinde. In Krisenzeiten fallen die meisten dieser Vorteile weg: die Föderungsmaßnahmen werden gestrichen, die Arbeitskräfte sind inzwischen womöglich teurer geworden, die Produktion wird allgemein eingeschränkt, bestimmte Fixkosten (z.B. Transport) kommen daher wieder stärker zum Tragen .... die Fabrik auf dem Land schließt wieder ihre Pforten.

Die Wirtschaft im nördlichen Waldviertel wird von einem dieser Industriezweige, der Textilindustrie, geprägt. Im pol. Bezirk Gmünd finden ein Drittel *aller* Beschäftigten und damit ein Großteil des Proletariats in diesem Produktionszweig Arbeit, im Bezirk Waidhofen ist es ein Viertel. In Horn ist die Wirtschaftsstruktur etwas ausgewogener, ähnliches könnte man von Zwettl behaupten – aber nur auf Grund des Fehlens von Großbetrieben. Im gesamten nördlichen Waldviertel haben neben der Textilfabrikation (insgesamt 19 Großbetriebe) noch die Holzbearbeitung (2 Großbetriebe), die Glaserzeugung (2) und die Produktion von Metallwaren (3) und von elektrotechnischen Einrichtungen (4) Bedeutung. Daneben gibt es noch 6 größere Baufirmen.

Wichtig sind die Orte Heidenreichstein, Schrems und Großsiegharts, hier sind ca. ¾ der werktätigen Bevölkerung Angehörige des Industrieproletariats, in Großsiegharts sind es sogar über 80 %.

In den jeweiligen Bezirkshauptstädten hat der Dienstleistungssektor noch größere Bedeutung, hier finden ca. 20-30 % der im Ort Beschäftigten Arbeit. Von untergeordneter Bedeutung war bisher der Fremdenverkehr, er hat sich aber in den letzten Jahren aufwärts entwickelt und ist für das Waldviertel zur „großen Hoffnung" auf wirtschaftlichen Aufschwung geworden. Solche Hoffnungen werden natürlich durch die Pläne für einen Atommüllagerplatz nicht unwesentliche beeinträchtigt, was vor allem die lokale Kleinbourgeoisie (Handel, Gastgewerbe etc) betrifft. So erklärt sich auch die beinahe einmütige Ablehnung des Atommüllagerplatzes, die quer durch alle bürgerlichen Parteien und Interessensvertretungen geht.

b) Tullnerfeld

Der politische Bezirk Tulln umfaßt das Tullnerfeld beiderseits der Donau mit den angrenzenden Hügelgebieten. Nördlich der Donau liegt der Gerichtsbezirk Kirchberg am Wagram mit 14.000 Einwohnern, südlich der Gerichtsbezirk Tulln (37.000 Einwohner) mit der Bezirkshauptstadt Tulln, in der 8000 Menschen leben. Das gesamte Gebiet ist geprägt durch die Nähe zu wichtigen Industriezentren, vor allem Wien. Ein großer Teil der Tullner Erwerbstätigen geht dort seiner Arbeit nach – der Anteil der Pendler liegt über dem Landesdurchschnitt.

Der Gerichtsbezirk Kirchberg ist noch vorwiegend agrarisch strukturiert, die Hälfte aller Werktätigen ist in der Landwirtschaft beschäftigt (siehe Darstellung 1). Im Gerichtsbezirk Tulln sind es hingegen nur zwei Fünftel – hier ist der Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft schon weit vorangeschritten. Das Ausmaß der Großbetriebe liegt weit über dem Landesdurchschnitt und die Anzahl der Kleinbetriebe ist dementsprechend unterdurchschnittlich. Auch der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe liegt unter dem Durchschnitt. Ursachen für diese Entwicklung dürften die günstigen Bedingungen für eine Mechanisierung und das Vorhandensein eines Großabnehmers für landwirtschaftliche Produkte in unmittelbarer Nähe (Zuckerfabrik Tulln) sein. Dazu kommt noch der unerschiedliche Industrialisierungsgrad in den beiden Bezirken.

Es gibt insgesamt 8 Großbetriebe, von denen sich nur 2 nördlich der Donau befinden:

Gerichtsbezirk Kirchberg:
Absdorf ..... Erzeugung von Textilien (Großhandel)

Gerichtsbezirk Tulln:
Atzenbrugg ..... Erzeugung von elektrotechnischen Waren, Hoch- und Tiefbau
Tulln ..... Zuckerfabrik, Bensdorp (Erzeugung von Nahrungsmitteln), Druckerei
Zwentendorf ..... Donauchemie AG. (Erzeugung von chemischen Produkten)

In der Nahrungsmittelindustrie sind ca. 15 % aller Lohnabhängigen beschäftigt. Große Bedeutung hat noch der Sektor Gesundheitswesen, Schulen und Verwaltung. Hier sind fast 20 % aller im gesamten pol. Bez. Tulln arbeitenden Lohnabhängigen angestellt. Diese Arbeitsplätze konzentrieren sich auf die Gemeinde Tulln als Bezirkshauptstadt und Verwaltungs- und Schulzentrum. Mehr als die Hälfte aller im Ort Tulln Beschäftigten arbeiten in den genannten Bereichen.

Ca. 6000 Menschen, das ist fast ein Drittel aller Erwerbstätigen, finden im pol. Bezirk Tulln keine Arbeit und sind gezwungen, ihre Arbeitskraft außerhalb des Heimatbezirkes zu verkaufen und zu pendeln. Der Niederösterreich-Durchschnitt liegt unter einem Viertel. Fast 90 % der Pendler arbeiten in Wien. Die meisten dieser Pendler sind Tagespendler, d.h. sie fahren jeden Tag vom Wohnort zum Arbeitsplatz und zurück, während ca. 15 % nur am Wochenende nach Hause kommen. Diese Pendler sind größtenteils Angehörige des Proletariats, das vor allem im Gerichtsbezirk Tulln einen großen Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung hat (Darstellung 2) hauptsächlich in den Gemeinden rund um den Ort Tulln. In Zwentendorf sind z.B. mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen einfache Arbeiter oder Facharbeiter.

Dieses soziale Problem, das Pendlerwesen, haben die Bourgeoisie und die AKW-Betreiber als Hauptansatzpunkt für ihre Spaltungs- und Betrugsmanöver genommen, wenn auch mittlerweile die reale Entwicklung ihre Argumente widerlegt hat. (siehe Teil 1)

F.O./V.S.

Quellenangabe zu den einzelnen Tabellen und Darstellungen:

Tabelle 1, 2 und Darstellung 1, 2, 3, 4:
Ergebnisse der Volkszählung 1971, herausgegeben vom Österreichischen Statistischen Zentralamt, Wien, 1973

Tabelle 3: „Die Grenzgebiete Österreichs", Schriftenreihe der Österreichischen Raumordnungskommission, Heft 5, Wien 1975

Tabelle 4: Ergebnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsstättenzählung 1970, herausgegeben vom Öst. Stat. Zentralamt, Wien 1973

Tabelle 5: Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Betriebsstättenzählung 1976, Öst. Stat. Zentralamt, Wien 1973

Zusätzlich verwendete Materialien und Unterlagen:
„Betriebsstätten in Österreich 1973", Öst. Stat. Zentralamt, Wien 1977
„Der ländliche Raum in Österreich", Österreichisches Institut für Raumplanung, Wien 1975

Kommunist

Jahrgang 2/Nr. 4

Ein großes Ereignis für die internationale marxistisch-leninistische Bewegung:
Band V der Ausgewählten Werke des Vorsitzenden Mao Tsetung erschienen

- Beschluß des ZK der KP Chinas über das Studium von Band V der „Ausgewählten Werke"
- Vorbemerkung zu Band V der „Ausgewählten Werke"
- Einführung zu Band V der „Ausgewählten Werke"

„Kein Kongolese kann je vergessen, daß sein Land in einem täglichen Kampf erobert werden mußte" (Patrice Lumumba)

Zur Geschichte des Kongo-Konfliktes (mit einem Anhang zur österreichischen Beteiligung)

Die Geschichte der Erkenntnis und Nutzung der Energiequellen durch den Menschen
I. Der Kampf zweier Weltanschauungen in der Frage der Erkenntnis von Energiequellen
II. Die gesellschaftlichen Verhältnisse üben einen tiefgehenden Einfluß auf die Erkenntnis und Nutzung der Energiequellen aus
III. Erkenntnis und Nutzung von Energiequellen durch den Menschen sind unbegrenzt

Zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, 1070 Wien, Halbgasse 12.

„Für die demokratische Republik!" Die Ausarbeitung der Linie des revolutionären Kampfs um Demokratie durch die KPÖ im austrofaschistischen Österreich

Das Programm des KB Österreichs legt fest, daß die Arbeiterklasse zum Zweck des Herankommens an die proletarische Revolution ihren ökonomischen Kampf mit dem entschiedenen Kampf für demokratische Rechte verbinden muß. Diese Festlegung und die für diesen Zweck aufgestellten demokratischen Forderungen sind in Österreich Gegenstand ausführlicher Auseinandersetzungen unter den Marxisten-Leninisten und ihren Feinden.

Die Gründungskonferenz des KB legte fest: *„Es ist eine der wichtigsten Aufgaben beim Aufbau des Kommunistischen Bundes Österreichs und beim Parteiaufbau, sich die Linie des revolutionär-demokratischen Kampfes theoretisch vollständig anzueignen und sie praktisch immer besser anzuwenden."* (1)

Das Studium der Geschichte der österreichischen und internationalen kommunistischen Bewegung kann und muß dazu genutzt werden, sich auch die Linie des revolutionär-demokratischen Kampfes besser aneignen zu lernen.

Was die Geschichte der KPÖ betrifft scheint es, daß man sie im Hinblick auf den Kampf um Demokratie vor allem als negativen Lehrmeister benutzen sollte: Von ihrer Gründung 1918 an bis zum Februar 1934 hat die KPÖ den Kampf um die revolutionäre Demokratie praktisch nie ernstlich geführt. Ihre Politik war wesentlich gekennzeichnet durch den Fehler des „imperialistischen Ökonomismus", der sich *„nicht darüber klarwerden (kann), wie der zur Tatsache gewordene Imperialismus mit dem Kampf für Reformen und mit dem Kampf für die Demokratie in Verbindung zu bringen sind."* (Lenin Werke, Band 23, Seite 4) und der daher den Kampf um demokratische Rechte ablehnt und dem Kampf um die sozialistische Revolution entgegenstellt. (2)

(1) „Die Kommunistische Partei auf der richtigen politischen Linie aufbauen!" Kommunist 1/76, Seite 47

(2) Dieser Fehler in der Politik der KPÖ seit ihrer Gründung kann hier nicht näher untersucht werden. Eine solche Untersuchung wird zweifellos gemacht werden müssen. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß das KPÖ-Programm von 1919 (und das darauf beruhende von 1921) eine praktisch wortgetreue Abschrift des Luxemburg'schen KPD-Programms ist, welches stark vom Fehler des „imperialistischen Ökonomismus" geprägt ist (vgl. Revolutionäre Programme, Mannheim 1975, Sendler Verlag, Seite 10, 18 ff). Zum System erhoben scheint dieser Fehler im „Manifest. An das werktätige Volk in Stadt und Land! Unser Programm für nationale und soziale Befreiung!" (Die Rote Fahne, 30.9.1931) Dieses programmatische Manifest propagiert die proletarische Diktatur und fordert die Massen auf, den Kampf für deren Sieg zu unterstützen. Forderungen, unter denen die Arbeiterklasse die politische Macht erobern und das Volk zusammenschließen kann, sind darin aber nicht entwickelt. Vielmehr propagiert dieses Manifest Maßnahmen, die die Kommunisten - sind sie an die Macht gelangt – im Interesse der Arbeiterklasse und des Volks durchzuführen beabsichtigen. So konnte es auch keine Richtschnur geben für den Kampf um die antifaschistische Aktionseinheit und für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

Diese praktisch völlige Vernachlässigung des Kampfs der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei um die revolutionäre Demokratie war vor dem Februar 34 ein wichtiger Hemmschuh im Kampf der KPÖ für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat, für die proletarische Revolution, insbesondere gegen die faschistische Gefahr.

Nach der Niederlage der Arbeiterklasse gegen den Faschismus in den Februarkämpfen ging die KPÖ an der Spitze der Arbeiterklasse daran, die Lehren aus der Niederlage zusammenzufassen und den Kampf unter den neuen Bedingungen zu organisieren.

„Sie hat den Massen nicht nur das große Ziel, sie hat ihnen auch den Weg zu diesem Ziel gezeigt, in jeder Situation die nächste, die unmittelbare Kampfaufgabe. Sofort nach den Februarkämpfen hat sie die Parole des Boykotts der faschistischen Organisationen mit der Parole des Wiederaufbaus der proletarischen Organisationen verbunden; als die Revolutionären Sozialisten (3) und die alten Gewerkschaftsführer noch behaupteten, unter den Bedingungen der Illegalität sei es unmöglich und widersinnig, die Freien Gewerkschaften aufzubauen, hat die Kommunistische Partei den Arbeitern geholfen, ihre verbotenen Massenorganisationen illegal wiederherzustellen und weiterzuentwickeln. (....) Als die Revolutionären Sozialisten und die alten Gewerkschaftsführer sich noch hochmütig und sektiererisch von den Massen isolierten und jeden Funktionär, der in den legalen Organisationen arbeitete, als 'Verräter' brandmarkten, hat die Kommunistische Partei diese Arbeit organisiert und die Arbeiter in der Weiterführung des Klassenkampfes unter den neuen Kampfbedingungen richtungsgebend unterstützt. Als die Revolutionären Sozialisten und die alten Gewerkschaftsführer dem Gedanken der Volksfront noch ablehnend gegenüberstanden und sich nur als Vertreter der proletarischen, nicht aber als Vertreter der allgemeinen Volksinteressen betrachteten, hat die Kommunistische Partei das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen Bauern und Mittelständlern propagiert und die ersten Versuche unternommen, das Volk gegen die faschistischen Ausbeuter und Unterdrücker zu einigen, die oppositionellen Kräfte zu einer antifaschistischen Volksbewegung zusammenzufassen." (4)

Für die KPÖ gab es keinen Grund, sich damit zufrieden zu geben. Praktisch und theoretisch mußte die politische Linie der Partei weiter vertieft, mußte alten Fehlern auf den Grund gegangen werden, um sie zu beseitigen.

1936: „Für die demokratische Republik!"

Einen wichtigen Markstein bei diesen Bemühungen stellt das im Juli 1936 abgehaltene Plenum des Zentralkomitees dar. Dieses Plenum beschloß, den antifaschistischen Kampf unter der Losung „Für die Demokratische Republik!" zu führen. (4a)

In einer ausführlichen Rede auf diesem Plenum, die diesen Beschluß erläuterte, erklärte der Vorsitzende der KPÖ, Koplenig:

„Gegen den Faschismus, gegen Hitler und gegen Habsburg muß die Arbeiterschaft und die Kommunistische Partei heute die Volksmassen mobilisieren unter den Losungen des Kampfes für die Demokratie, FÜR DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK.

Nur eine solche Position sichert der Arbeiterschaft eine SELBSTÄNDIGE ROLLE gegenüber den Agenten des Hitlerfaschismus und der Habsburgermonarchie. Nur eine solche Position wird es der Arbeiterklasse ermöglichen, VERBÜNDETE BEI ALLEN UNZUFRIEDENEN SCHICHTEN, AUS ALLEN LAGERN zu gewinnen und auch in Österreich alle antifaschistischen, demokratischen und freiheitlich-republikanischen Kräfte des Landes zu einer Volksfront zusammenzufassen, die imstande ist, den Faschismus niederzuringen, dem ganzen Volke seine Freiheit wiederzugeben und diese Freiheit gegen alle Angriffe wirksam zu verteidigen.

Demokratie im Innern- Verteidigung des Friedens und der Unabhängigkeit nach außen – für die demokratische Republik! –

das sind die Losungen, die wir den Nazi und den Habsburgern gegenüberstellen und unter denen es gilt, die Massen des Volkes im Kampfe gegen seine faschistischen Unterdrücker und Peiniger zu vereinigen. Das ist heute das PROGRAMM DER ARBEITER und das unmittelbare Kampfziel

(3) Die „Revolutionären Sozialisten" (RS) waren die Nachfolger der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), die sich einen „linken", „revolutionären" Anstrich geben mußten, um wenigstens einen Bruchteil ihres Einflusses unter den Arbeitern, den sie vor dem Februar gehabt hatten, zu halten.

(4) Peter Widen (= Ernst Fischer): Der Kampf um die demokratische Republik, Weg und Ziel (Theoretisches Organ der KPÖ) August, 1936. Seite 7

(4a) Deklaration der Partei: Für die Demokratische Republik, Rote Fahne, 18. Jahrgang, Nr. 10, (Mitte Juli 1936)

unserer Partei." (5)

Diesem Beschluß ist eine umfassende Diskussion vorangegangen. Die Lehren aus der Entwicklung bis zur Februarniederlage mußten klar zusammengefaßt werden:

„Die erste Lehre aus diesen Erfahrungen ist, daß man nicht für die Demokratie kämpfen kann, wenn man gleichzeitig mit der Bourgeoisie und mit dem Faschismus paktieren will. Die zweite Lehre: *Man kann nur dann wirksam und mit Erfolg auch für die demokratischen Freiheiten kämpfen und die Massen für diesen Kampf mobilisieren, wenn dieser Kampf verbunden wird mit der Perspektive des Endziels der sozialistischen Revolution. Der SOZIALISMUS ist letzten Endes die KONSEQUENTESTE VERWIRKLICHUNG DER DEMOKRATIE und jeder Kampf um die demokratischen Freiheiten, der dieses Endziel aus dem Auge verliert, wird im Sumpf des Reformismus ersticken.*" (6)

Analysiert und offengelegt konnten und mußten zu diesem Zeitpunkt die Erfahrungen in der „Periode der revolutionären Sammlung" seit dem Februar 34 werden. Das ZK-Plenum stellte fest, daß *„manche Lehren des Februars nicht genügend berücksichtigt (wurden). So die Lehre, daß das Proletariat*

seinen Kampf für die sozialistische Revolution und für den Sozialismus in jeder Situation verbinden muß mit dem Kampf für die demokratischen Forderungen und Losungen;

dort, wo der Faschismus sie bedroht, für die Verteidigung der Demokratie; dort, wo sie von der faschistischen Diktatur beseitigt worden sind, für die Wiedereroberung der demokratischen Volksfreiheiten. Es ist vor allem ein Verdienst des VII. Weltkongreßes und des Genossen DIMITROFF, uns gerade diese LENINISTISCHE Lehre und Erkenntis klar ins Bewußtsein gerufen zu haben.

'Das Proletariat kann nicht anders siegen als durch die Demokratie, d.h., indem es die Demokratie vollständig verwirklicht, indem es die demokratischen Forderungen in ihrer entschiedensten Formulierung mit jedem Schritt seiner Bewegung verbindet.'

Es ist Unsinn, die sozialistische Revolution und den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus EINER der Fragen der Demokratie... ENTGEGENZUSTELLEN. Wir müssen umgekehrt den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus mit dem revolutionären Programm und mit der revolutionären Taktik in bezug auf ALLE demokratischen Forderungen VERBINDEN: Die Forderungen der Republik, der Miliz, der Wahl der Beamten durch das Volk, der gleichen Rechte für Frauen, der Selbstbestimmung der Nationen usw.'

Lenin, 1915, 'Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.' (7)

Wir müssen von der Tatsache ausgehen, daß durch den Sieg des Faschismus in Deutschland und in Österreich die Arbeiterklasse in diesen Ländern einen schweren Rückschlag erlitten hat. Sie muß nun alle Kräfte darauf konzentrieren, um den Faschismus niederzuringen und AUS DEM FASCHISMUS HERAUSZUKOMMEN. Diese Niederringung des Faschismus liegt IM INTERESSE DES GESAMTEN VOLKES und KANN AUCH NUR VOM GESAMTEN VOLKE BEWERKSTELLIGT WERDEN- sie erfordert das Bündnis der Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen Schichten, der Bauernschaft, den Intellektuellen usw. In diesen Schichten wächst immer mehr die Enttäuschung und die Unzufriedenheit über den Faschismus. Sie sind noch nicht bereit, mit der Arbeiterklasse zusammen für die Ziele der proletarischen Revolution, für die Sowjetmacht, zu kämpfen, aber sie werden immer mehr bereit sein, mit den Arbeitern gegen den Faschismus, für ein demokratisches Regime zu kämpfen. (.....)

Dadurch, daß heute die österreichische Arbeiterschaft das Banner des Volkskampfes für ein demokratisches Österreich entfaltet, wird sie auch imstande sein, dem Nationalsozialismus, der es versuchte, den Freiheitswillen des Volkes für seine demagogischen Zwecke auszunützen, den Wind aus den Segeln zu nehmen; sie wird sich in ihrem Kampfe die Unterstützung nicht nur aller ehrlicher Freiheits- und Friedenskräfte des Landes, sondern auch der sozialistischen, demokratischen und Friedenskräfte in der Welt sichern. Unser Kampf für die demokratische Republik ist kein Manöver, wie der Faschismus versuchen wird, den Massen einzureden, sondern er entspringt unserem ehrlichen Willen, das österreichische Volk vor der Katastrophe zu retten, in die es der Faschismus führt, er entspringt dem ehrlichen Bestre-

(5) Unser Kampf für die Demokratische Republik (= Rede Koplenigs auf dem ZK-Plenum im Juli 1936), Tarnschrift „Grundriß der Naturgeschichte", Seite 11f. Alle Hervorhebungen im Original, ebenso bei allen folgenden Zitaten.

(6) Ebenda, Seite 14f.

(7) Lenin Werke, Band 21, Seite 415

ben, mit allen demokratischen und Friedenskräften eine Volksfront zu schaffen." (8)

Welche Perspektiven hat dieser Kampf um die Herstellung der Volksfront und um die demokratische Republik? Die Wiederherstellung der „Demokratischen Republik", wie sie von 1918 - 1933 bestanden hatte? – „Die demokratische Republik, für die zu kämpfen wir heute die Massen aufrufen, wird, bereichert durch die 15jährigen Erfahrungen des Volkes in der Vergangenheit, ein anderes Gesicht haben. Sie wird die Lehren ziehen aus den Erfahrungen in Frankreich und Spanien. Sie wird die Freiheit des Volkes auf die Volksfront und auf die Regierung der Volksfront aufbauen. Sie wird demokratisch sein für das Volk, aber hart und unbeugsam gegen alle Volksfeinde und gegen die Agenten des Faschismus, denen sie nicht erlauben wird, die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zu gefährden. Wir kämpfen in der gegenwärtigen Lage für die demokratische Republik, weil diese klare Losung jedes Kompromiß und jedes Kokettieren sowohl mit dem unter der Maske der Ständedemokratie getarnten faschistischen Regime, wie auch mit einer demokratisch getarnten Monarchie oder mit dem in Österreich zeitweise demokratisch getarnten Nationalsozialismus ausschließt." (9)

Zwei Einwände gegen diese Linie mußten entkräftet werden. Der erste. Beruht sie nicht auf einer Aufgabe des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei für den Sozialismus? „Nichts wäre unrichtiger, als unseren Kampf für die Demokratie unserem Ziel der proletarischen Revolution und unserem Kampf um die Sowjetmacht gegenüberzustellen. Lenin hat darüber folgendes gesagt: *'Es wäre ein grundlegender Fehler, zu glauben, daß der Kampf für die Demokratie imstande sei, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzuhalten oder sie in den Hintergrund zu schieben, zu verdunkeln und dergleichen. Im Gegenteil, wie ein siegreicher Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das keinen allseitigen konsequenten und revolutionären Kampf für die Demokratie führt, sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten.'* (10) "(11).

Der zweite Einwand: Ob die Linie des Kampfs um die Demokratische Republik und der Volksfrontpolitik nicht notwendig eine Abschwächung des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie mit sich bringen würde? *„Die Erfahrungen in Frankreich haben solche Argumente schon zur Genüge widerlegt. Wenn auch einzelne 'revolutionäre' Sozialisten in Österreich es für notwendig hielten, die spontane Massenstreikbewegung in Frankreich als einen Dolchstoß gegen die Linksregierung hinzustellen, so zeigt dies nur, wie sehr sie sich, trotz ihrer revolutionären Erklärungen, noch im Banne reformistischer Gedankengänge befinden. Sie verwechseln die Volksfront mit der reformistischen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik aus der Vergangenheit, die die Massen zur Passivität verurteilte, durch Abbremsung des Klassenkampfes der Bourgeoisie die Möglichkeit gab, die Lasten der Krise den breiten Massen aufzubürden und die dem Faschismus den Weg ebnete. Volksfrontpolitik hat mit dieser reformistischen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der Vergangenheit nichts gemeinsam. (....)*

Der Kampf für die demokratischen Freiheiten, für die konsequente Verwirklichung der Demokratie und gegen den Faschismus ist untrennbar verbunden mit der Mobilisierung der Massen gegen die wirtschaftliche und soziale Not, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Korruptionswirtschaft des Faschismus, gegen die Herren des Industriellenverbandes, der Banken, die Großagrarier, die die einzigen Nutznießer des Faschismus sind. Deshalb gehört auch der Kampf gegen die Not des Volkes und für die Abwälzung aller Lasten der Krise auf die Reichen und Besitzenden zum untrennbaren Bestandteil eines Programms der Volksfront. Dadurch bekommt erst der Kampf für die demokratischen Volksfreiheiten seinen sozialen Inhalt und dadurch unterscheidet sich unser Kampf für die Demokratie von den Methoden der Klassenzusammenarbeit und des Paktierens des Reformismus und von allen pseudodemokratischen Phrasendreschern." (12)

All diese Aussagen und Festlegungen des ZK-Plenums bringen klar zum Ausdruck: Die KPÖ legt den Kampf um die Demokratie zu diesem Zeitpunkt als „das unmittelbare Kampfziel" der österreichischen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Kommunistischen Partei fest.

Zugleich wird die Lenin'sche Lehre in Erinnerung gerufen, daß das Proletariat *„nicht anders siegen (kann) als durch die Demokratie, d.h. indem es die Demokratie vollständig verwir-*

(8) Koplenig, Tarnschrift, Seite 15 ff

(9) Koplenig, Tarnschrift, Seite 18

(10) Lenin Werke, Band 22, Seite 145

(11) Koplenig, Tarnschrift, Seite 18 f

(12) Ebenda, Seite 19f.

klicht, indem es die demokratischen Forderungen in ihrer entschiedensten Formulierung mit jedem Schritt seiner Bewegung verbindet."

„In jeder Situation", betont das Juli-Plenum des ZK der KPÖ, ob unter den Bedingungen des Faschismus oder der bürgerlich-demokratischen Republik, muß das Proletariat seinen Kampf für die sozialistische Revolution verbinden mit dem Kampf um demokratische Rechte.

Diese Aussagen sind von besonderer Bedeutung nicht zuletzt auch deshalb, weil sie von der KPÖ weder in den Jahren davor, noch nach 1945 in dieser Schärfe getroffen wurden. Sie beweisen, daß die Linie des revolutionär-demokratischen Kampfes, wie sie im Programm des Kommunistischen Bundes festgelegt ist, nicht nur keine neue Erfindung ist, daß sie nicht nur bereits von den Klassikern des Marxismus entwickelt worden ist, sondern daß sich die österreichische Arbeiterklasse in einer schwierigen Periode ihres Kampfes durch ihre damalige revolutionäre Linie anzueignen und sie in die Tat umzusetzen begonnen hat.

Die modernen Revisionisten verschweigen und verfälschen die Linie der revolutionären KPÖ

Es ist ein wichtiges „Verdienst" der revisionistischen Geschichtsschreibung, diese Tatsache vor der Arbeiterklasse völlig verheimlicht und entstellt zu haben. Dazu nur zwei charakteristische Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit.

Arnold Reisberg läßt sich in seinem von den Revisionisten in Österreich und international hochgelobten Buch über den Februar 34 (13) 54 Seiten lang über die Folgen, Konsequenzen, Lehren des Februar 1934 aus, über die Entwicklung des Klassenkampfes in Österreich bis zum Einmarsch der Nazis 1938. Auf diesen 54 Seiten kommen weder das Plenum des ZK im Juli 1936, noch der von diesem Plenum gefaßte Beschluß zur demokratischen Republik oder die große Rede Koplenigs auch nur als Erwähnung vor. Stattdessen wird beispielsweise auf mehreren Seiten über das praktisch gleichzeitig beschlossene Abkommen zwischen Hitler und Schuschnigg geschwätzt (das Österreich als „zweiten deutschen Staat" festlegt und es verpflichtet, seine Außenpolitik mit der Hitler-Deutschlands gleichzuschalten). (14)

Unter der Überschrift „Für eine österreichische Volksfront" entstellt Reisberg völlig die Linie des antifaschistisch-demokratischen Kampfs der KPÖ wenn er schreibt:

„Da die Unabhängigkeit Österreichs eine nationale Angelegenheit war, mußte sich die Arbeiterklasse bemühen, die nichtproletarischen Schichten des Volkes in den Kampf mit einzubeziehen." Das sei von der Komintern und der KPÖ vor allem dadurch vorangetrieben worden, daß sie „für die Verteidigung der Demokratie" eingetreten seien, wozu „die Kommunisten in den Mittelpunkt den Kampf um die Freiheitsrechte (stellten)." (15)

Demgegenüber ging die KPÖ gerade auch auf ihrem Juli-Plenum davon aus, daß die Frage der Unabhängigkeit Österreichs, die nationale Frage, eine Frage der Demokratie ist: *„Die Niederringung des Faschismus LIEGT IM INTERESSE DES GESAMTEN VOLKES und KANN AUCH NUR VOM GANZEN VOLKE BEWERKSTELLIGT WERDEN. (....) Das ganze Volk, das ganze Land, braucht die Freiheit seiner demokratischen Selbstbestimmung, um den Frieden und seine Unabhängigkeit zu sichern, die der Faschismus bedroht."* (16)

Im Prinzip gleich, nur noch krasser und dreister wird die Entstellung der Politik der KPÖ in der vor einem Jahr erschienenen Broschüre der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ betrieben. (17) Auch hier seitenlange „kritische Betrachtungen" über die Manöver der Austrofaschisten und vor allem des Nazi-Faschismus, auch hier ausführliche Klagen über opportunistische Haltungen der „Revolutionären Sozialisten", und auch hier völlige Entstellung der Linie im antifaschistisch-demokratischen Kampf unter dem Motto: Die Volksfrontpolitik ist nötig, weil Hitler kommt.

Diese Beispiele zeigen, daß die Geschichtsschreiber der revisionistisch degenerierten KPÖ

(13) Februar 1934, Hintergründe und Folgen, Wien 1974.

(14) Reisberg, ebenda, Seite 234f, 237

(15) Ebenda, Seite 236

(16) Koplenig, Tarnschrift, Seite 16 f. Die der KPÖ und der Komintern unterschobenen Begründung Reisbergs für die Volksfrontpolitik erweist sich so als leere, typisch revisionistische Tautologie: 'Die Unabhängigkeit Österreichs ist eine nationale Angelegenheit'.

(17) Beiträge zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs, herausgegeben von der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ, Wien o.J. (1976). Der Abschnitt von 1934 bis 1938 wird darin in einem Aufsatz von Albert Hirsch „Vom Austrofaschismus zur Annexion Österreichs durch Nazi-Deutschland" behandelt.

jede Periode der revolutionären KPÖ in eine Geschichte des Revisionismus umzuschreiben versuchen.

Mängel und Fehler der KPÖ im Kampf um die demokratische Republik

Wir haben gesehen, daß die KPÖ bei der Erarbeitung der Linie des revolutionären Kampfes um Demokratie versuchte, möglichst tiefschürfend die Lehren aus der Februarniederlage der Arbeiterklasse gegen den Faschismus zu ziehen, um damit die Partei, die Arbeiterklasse und das ganze Volk besser für den Kampf unter den neuen, schwierigen Bedingungen zu rüsten. Es wäre aber falsch, gegenüber der hervorragenden Rolle der revolutionären KPÖ und ihren unermüdlichen Bemühungen, die politische Linie weiterzuentwickeln und die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der österreichischen Revolution richtig zu verbinden, die Fehler, die dabei gemacht wurden, zu unterschätzen oder zu ignorieren. Das nicht zuletzt auch deshalb, weil die heutige KPÖ in der Regel all diese Fehler – verbunden mit ihrem eigenen revisionistischen Plunder – zu einem Konglomerat zusammenstoppelt, das sie als politische Linie der damaligen KPÖ ausgibt.

Was den revolutionären Kampf um Demokratie betrifft, gab es solche Fehler zweifellos. Sie hatten ihre Ursache nicht nur darin, daß die Partei lange Zeit diesen Kampf vernachlässigt bzw. gar nicht geführt hatte; daß in den Tagen, Wochen und Monaten nach dem Februar auf einen Schlag tausende ehemaliger Sozialdemokraten, denen die Februarkämpfe die Augen über den Reformismus geöffnet hatten, in die Kommunistische Partei strömten und vor allem die Intellektuellen unter ihnen zwangsläufig auch alte bürgerliche Vorstellungen mitbrachten; sondern auch darin, daß die Partei bei der Ausarbeitung der Linie des Kampfes um die Demokratische Republik nicht tiefschürfend genug ihre eigene, seit ihrer Gründung praktizierte politische Linie einer auf den neugewonnenen Erfahrungen beruhenden Kritik unterzog.

Mit der Ausarbeitung der Linie des Kampfs um die Demokratische Republik wurde die Bedeutung des Kampfs um Demokratie für die Durchsetzung der Ziele der Arbeiterklasse von der KPÖ theoretisch und praktisch anerkannt, wurde seine Bedeutung insbesondere im Kampf gegen Faschismus und Krieg hervorgehoben und betont. Dennoch kommt in mancher Hinsicht zum Ausdruck, daß der offensive Charakter dieses Kampfs um Demokratie nicht klar genug hervorgehoben wurde und verschiedentlich nur seine defensive Seite, die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und ihre Wiederherstellung gegenüber dem Faschismus, anerkannt wurde. Das versuchten bürgerliche Kräfte in der Partei zu nutzen, um dem Kampf um die Demokratische Republik eine rechte Stoßrichtung zu geben.

An konkreten Forderungen stellte die KPÖ in der „Deklaration für die Demokratische Republik" auf:

„Für die Demokratie in allen Organisationen, für die Organisationsfreiheit, für Pressefreiheit, für die freie Wahl in den Betrieben und in den Gewerkschaften, für die Demokratisierung des Heeres und für die Entwaffnung, Entmachtung und Auflösung der faschistischen Söldnerorganisationen, besonders der Heimwehr." (18)

Es muß hervorgehoben werden, daß die Partei *über diese Forderungen hinaus* in allen Kämpfen und Bewegungen gegen die faschistische Herrschaft Anstrengungen setzte, das ganze Volk unter der Führung der Arbeiterklasse im Kampf um Demokratie zusammenzuschließen. So unterstützte die Partei auf dieser Linie – um ein Beispiel zu nennen – im Jahre 1936 den Kampf der Hörer und Lehrer der Wiener Volkshochschulen gegen die Versuche des austrofaschistischen Regimes, ihre erkämpften Rechte zu rauben: *„Die Einheit und Entschlossenheit der Hörer ... kommt zum Ausdruck in dem einstimmigen Beschluß der Vertrauensmänner, den Ausschluß jener Kreatur zu verlangen, der in einem Artikel in der 'Reichspost' die ganze Hörerschaft und zahlreiche Lehrer denunzierte oder in der Tatsache, daß die Hörerschaft von sieben Kursen scharfe Protestresolutionen gegen die Maßregelung eines Dozenten faßten und sich dem Protest zahlreicher Dozenten anschlossen.*

DIE VOLKSHOCHSCHULEN MÜSSEN UNTER DEN SCHUTZ DER GESAMTEN ARBEITERSCHAFT, DER GANZEN FORTSCHRITTLICHEN BEVÖLKERUNG UNSERES LANDES, GESTELLT WERDEN ... (...) Im Kampf um die freie Volksbildung müssen die Hörer und Lehrer unserer Volkshochschulen die weitgehende und stärkste Unterstützung aller Volks-

(18) Deklaration, a.a.O.

kreise, vor allem aber der Arbeiterschaft finden." (19)

Diese Haltung der Partei war zweifellos völlig korrekt und eine richtige Anwendung der Linie des revolutionären Kampfes um Demokratie in diesem konkreten Kampf. Um diese Linie zu vertiefen und allen Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen, die dem Kampf um Demokratie seine revolutionäre Spitze zu nehmen versuchten, wäre es notwendig gewesen, an die Ausarbeitung eines demokratischen Minimalprogrammes Lenin'schen Typs zu gehen. Das ist nicht geschehen und das hat den Kampf der KPÖ um die Demokratische Republik erschwert.

Die Linie des Kampfs um die revolutionäre Demokratie wurde von der KPÖ ausgearbeitet, nachdem die österreichische Revolution im Februar 1934 eine Niederlage erlitten hatten und nachdem die Komintern auf ihrem VII. Weltkongreß eine tiefgreifende Analyse der Weltlage sowie der Erfahrungen und Fehler ihrer Parteien vorgenommen hatte. In dieser Situation analysierte die KPÖ gründlich die neuentstandene Lage der österreichischen Revolution und ihre Aufgaben und rechnete mit verschiedenen sektiererischen Fehlern ab, deren gemeinsames Kennzeichen die Vernachlässigung des Kampfs um Demokratie zum Zweck des Herankommens an die proletarische Revolution bzw. die Leugnung seiner Notwendigkeit war. Da sie aber diese Fehler nicht umfassend analysiert und auf ihre Grundlage, den imperialistischen Ökonomismus, zurückgeführt hat, hat sie sich nicht gut genug vor neuen Fehlern gewappnet und ist sie nach dem Juli-Plenum 1936 auch nicht an die Erarbeitung systematischer Festlegungen und Forderungen der revolutionären Demokratie gegangen, eines demokratischen Programms, das im Kampf um die sozialistische Revolution eine stets gültige Richtschnur ist.

K.W.

(19) Rote Fahne Nr.10, Mitte Juli 1936

Bücher, Broschüren und Zeitschriften zum Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, der Arbeiterbewegung und des Kampfes der unterdrückten Völker

* Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung, Hua Guo-feng und Enver Hoxha .....
* Zum theoretischen Kampf gegen den Modernen Revisionismus
* Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China und der Volksrepublik Albanien
* Schriften zum Kampf der Völker gegen den Imperialismus
* Klassenkampf in Österreich – Dokumente des Kommunistischen Bundes Österreichs
* Romane, Erzählungen, Lieder

Klassenkampf - Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs. Herausgeber: Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs.
Der Klassenkampf erscheint 14-tägig.

Einzelpreis: 5,- Schilling
Jahresabonnement: 150,- Schilling
Halbjahresabonnement: 75,- Schilling

Ausland: Jahresabonnement: 224,- Schilling
Halbjahresabonnement: 112,- Schilling

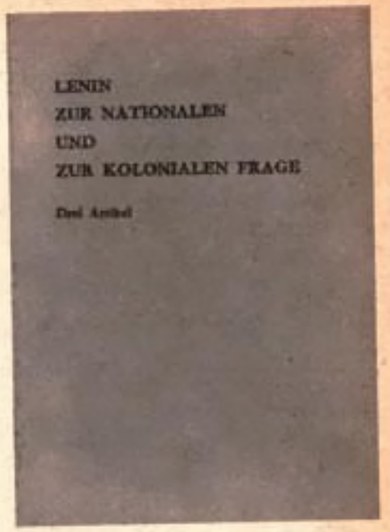
Bezahlung nach Erhalt der ersten Nummer.
Zu bestellen bei: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien

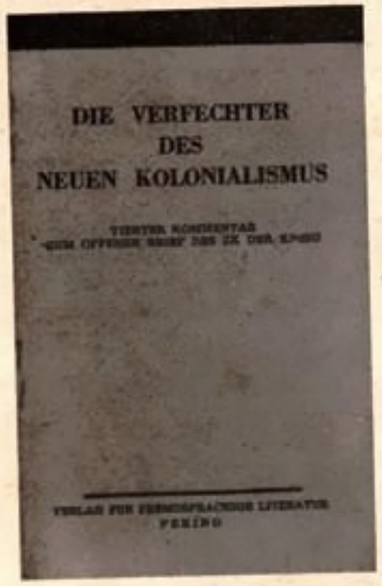
W.I. Lenin

Zur nationalen und kolonialen Frage (drei Artikel)

52 Seiten Preis: 5,40 S
Best. Nr.: 1/1G-794

Inhalt: Die sozialiistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Ursprünglicher Entwurf der These zur nationalen und kolonialen Frage. Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage.





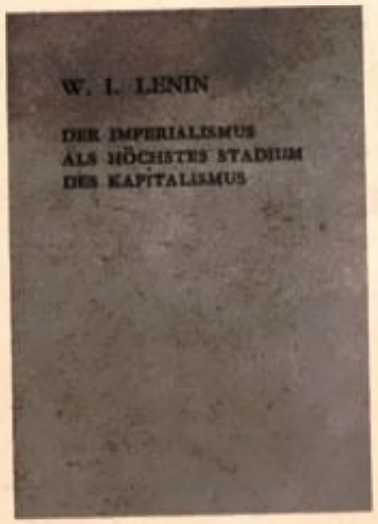
KP Chinas

Die Verfechter des neuen Kolonialismus (Vierter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU)

60 Seiten Preis: 4,60
Best.Nr.: 3 G-572

Der sowjetische Sozialimperialismus ohne Maske

99 Seiten Preis: 7.-
best.Nr.: 3G- 1393



W. I. Lenin

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

172 Seiten Preis: 13.20 S
Best. Nr.: 1/1G-739

* Konzentration der Produktion und Monopole * Die Banken und ihre neue Rolle * Finanzkapital und Finanzoligarchie * Der Kapitalexport * Die Aufteilung der Welt unter die Kapitalistenverbände * Die Aufteilung der Welt unter die Großmächte * Der Imperialismus als besonderes Stadium des Kapitalismus * Parasitismus und Fäulnis des Kapitalismus * Kritik des Imperialismus * Der Platz des Imperialismus in der Geschichte

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs

KB Kommunistischer Bund Österreichs

Program in statut Komunistične zveze Avstrije Kommunistischer Bund Österreichs

KB Kommunistischer Bund Österreichs

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs (Taschenausgabe)

40 Seiten Preis: 5,-
Best.Nr.: 3-85-377-011-8

(Auch auf slowenisch erhältlich)
40 Seiten Preis: 5,-
Best.Nr.: 377-012-6

Zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, 1070 Wien, Halbgasse 12.

Aus der Vorbemerkung:

Im Jahr 1964 erließ Vorsitzender Mao den bedeutenden Aufruf: *„Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai!"* Dieser Aufruf fand ein starkes Echo und rief im ganzen Land eine mächtige Massenbewegung ins Leben, um von Dadschai zu lernen - eine Massenbewegung, die eine schnelle Ausbreitung der Landwirtschaft in China mit sich gebracht hat.

Diese Broschüre enthält zwei Beiträge - einen über die grundlegende Veränderung Dadschais im Laufe der etwas mehr als zwei Jahrzehnte seit der Befreiung und einen weiteren über das neue Aussehen der ländlichen Gebiete Chinas infolge der Bewegung, von Dadschai zu lernen.

44 Seiten Preis: 6,20
Best.Nr.: 12G -1257

Zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, 1070 Wien, Halbgasse 12.

Friedrich Engels: Der deutsche Bauer - Was war er? Was ist er? Was könnte er sein?

Friedrich Engels: Zur Geschichte der preußischen Bauern (Einleitung zu Wilhelm Wolfs Broschüre „Die schlesische Milliarde")

Friedrich Engels: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland I., II.,

Friedrich Engels: Zur Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land

92 Seiten Preis 7,70
Dietz Verlag, Best.Nr.: 30160